

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Beleggeld, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Erscheint wöchentlich sonntags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2014. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Kurtz Wolfenbüttel, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redakteur u. Inserate Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Belegzettel 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Anlegung vorliegende letzte Satz. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2014), Postfachkonto Wagnburg 4526 und Volksbuchhandlung (Stelzenwall) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 98

Gonnabend, den 26. April 1930

5. Jahrgang

Ehre oder Speckzoll?

Der deutschnationale Parteivorstand für Hugenberg gegen die deutschnationale Fraktionsmehrheit.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat am Freitag abend gegen 9.30 Uhr mit mehr als vier Fünftel Mehrheit" des nahezu vollständig besetzten Vorstandes folgende Entschlüsse gefaßt:

„Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Hugenberg und dem Reichstagsmitglied Dr. Sauerhahn seinen Dank für unermüdeten Fleiß an dem auf dem Kaiserliche Ziele und in der Fortbildung vom 8. April aufgestellten Ziele und Richtlinien aus. Er hält es für selbstverständlich, daß die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit ausgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion für die Agrarfrage ist es auszusprechen, daß deren Vorfälle und Annahme entgegen widerstreitenden Zielen der Regierungsmehrheit noch vor Hiera durchgesetzt wurde. Mit dieser Maßnahme sind jedoch die Voraussetzungen für eine

Rechtung der Landwirtschaft noch nicht erfüllt.

Mit dem Parteivorstand ist der Parteivorstand der Auffassung, daß eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirtschaft mit der Wirtschaft überhaupt nicht tiefer gehende und zum Teil andersartige Maßnahmen erfordert. Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspolitik (politischer Handelsvertrag, Genere Vereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Genierung der Wirtschaft ebenso im Wege wie die

Fortdauer der marxistischen Herrschaft in Preußen.

Der Zustand, daß die Wirtschaftsmassnahmen der öffentlichen Ämter, insbesondere der Reichsämter, den Landwirt von Haus und Hof vertrieben, ist Selbstmord an eigenen Boote und muß vor allen anderen beseitigt werden.

Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett.

Das ohne und gegen uns gebildet zur Fortführung der bisherigen Tribut- und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preußen

immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft

ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Diese Oppositionstellung und die gegebene Lage verlangt unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Der Parteivorstand bedauert, daß im Gegensatz zu den einmütigen und erfolgreichen Forderungen der Reichstagsfraktion vom 8. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April, veranlaßt durch die verfehlende und berechtigte Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat. Die Verdoppelung der Agrarmaßnahmen mit der Bewilligung der durch die Wirtschaft der Großen Koalition erforderlich gewordenen Steuern war sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuerabstimmungen in der Mehrheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichspräsidenten an die Staatsmaßnahmen für die Landwirtschaft gebunden.

Nach den Sitzungen legte der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamtsituation der Partei fest. Eine Unterstützung des Kabinetts Brüning sowie die Wiederaufnahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamtsituation der Partei nicht. Es bleibt dem Entschlusse der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen.

Der Annahme dieser Entschlüsse ging am Vormittag der Sitzung ein Referat Hugenbergs über die politische Lage voraus. In der sich am Nachmittag anschließenden Debatte beteiligten sich u. a. für die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Abgeordneten Graf Westarp und Waltraff. Es kam insbesondere zu dem

heftigen Auseinandersetzungen,

als einzelne hinter Hugenberg stehende Landesverbandsvertreter den Ausschluß von annähernd 15 deutschnationalen Reichstagsabgeordneten forderten. Obwohl man in erster Linie an Abgeordnete dachte, die für die Agrar- und Steuererfragen der Regierung Brüning gestimmt haben, ohne rein länderliche Besitze zu vertreten oder Agrarier zu sein. Die Landesverbände von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern haben für den Fall der Annahme dieser Entschlüsse mit dem sofortigen Austritt aus der Deutschnationalen Partei gedroht. Unter diesem Druck versäufte man darauf, die Anträge weiter zu debattieren.

In unterrichteten deutschnationalen Kreisen erklärt man, daß die Entschlüsse des deutschnationalen Parteivorstandes praktisch den Bruch mit der Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion bedeute. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser Bruch praktisch vollzogen werde.

In der deutschnationalen Presse wird allerdings der Sinn der Entschlüsse des deutschnationalen Parteivorstandes verstanden beurteilt. Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ sieht in ihm ein „Kompromiß auf Zeit“, während ihn die deutschnationale „Berliner Morgenzeitung“ dahin auslegt: „Parteivorstand gegen Fraktionsmehrheit.“ Die Hugenberg-

presse und die „Deutsche Zeitung“ haben ausdrücklich hervor, daß der Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes ein Vertrauensvotum für Hugenberg gegen die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion bedeutet.

Es verheißenermaßen im Augenblick auf die Beurteilung des deutschnationalen Beschlusses in der deutschnationalen Presse ist, aber eines gibt es keine Meinungsverschiedenheit und das ist die unbestreitbare Tatsache, daß

die deutschnationalen Reichstagsfraktion arbeitsunfähig ist und eine Möglichkeit zur Vertiefung des augenblicklichen tiefen Risses kaum besteht. So schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“: „In dem Ergebnis der Parteivorstandssitzung müssen wir zu unserem Bedauern eine wichtige und durchgreifende Klärung der Verhältnisse in der deutschnationalen Partei und Fraktion insbesondere aber keine Klärung in dem Verhältnis zwischen Partei und Landwirtschaft erblicken. Die weitere Entwicklung schon der nächsten Wochen wird die Reichstagsfraktion erneut vor Entschlüsse von entscheidender Bedeutung stellen, für deren Gestaltung soll nach dem Beschluß vom Freitag die letzte Entscheidung nicht bei ihr selbst, ihrer Mehrheit, sondern bei dem Partei- und Fraktionsführer liegen. Erinnert man sich an deren Stellungnahme bei dem jüngsten ausfallgeschlagenen Abstimmungen, so werden, gemessen an der Gesamtsinn der Vorstandsbeschlüsse erste Zweifel nach, ob die Entscheidung dieser beiden Persönlichkeiten in der Richtung liegt, die von der Fraktionsmehrheit eingeschlagen worden ist. Gewinnen aber diese Zweifel gewisse Gestalt und positiven oder richtiger negativen Inhalt, so ist der Konflikt wieder in denselben Maße gegeben wie am 12. und 14. April. Wenn also auch der offene Bruch zwischen Reichstagsfraktion und Fraktionsmehrheit vermieden worden ist, so hängt doch die weitere Entwicklung an der Frage, wie weit die von der Minderheit der Fraktion verfolgte Antragslinie einer bewußteren Taktik, einer zielbewußten Aufstellung von den Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten einer verantwortungsbewußten Opposition Platz macht. Die Probe darauf kann schon sehr bald heranziehen. Sie ist dann zugleich die Probe, inwieweit der Parteivorstand seiner wirklichen Aufgabe gerecht geworden ist, für die Arbeitslosigkeit, für den Zusammenhalt einer starken Reichspartei, die Grundbedingen und die Voraussetzungen zu schaffen. Darauf warten wir in aufdringlicher erster Sorge.“

Die deutschnationale „Berliner Morgenzeitung“ sagt:

„Das Beschlüsse des Parteivorstandes zu unfruchtbarer Opposition gegen die bürgerliche Regierung ist aufs tiefste zu bedauern und muß notwendigerweise zu neuen Konflikten zwischen dem Parteivorstand bzw. dem Parteivorstand und der Mehrheit der Reichstagsfraktion führen. Letztere kann sich dem vom Parteivorstand neuerdings verhängten Zwang nicht beugen, ohne sich selbst zu unterwerfen. Bei einer direkten Wahrgang der Fraktionsmehrheit wie auch von ihrer völligen Unterwerfung hat der Parteivorstand mehrmals die Zustimmung angenommen, das das jeweilige die sofortige Spaltung der Partei bedeutet hätte. Damit erspricht sich aber auch so ziemlich das große Entgegenkommen des Parteivorstandes gegenüber der Reichstagsfraktion. Praktisch heißt der Parteivorstand unbeschäftigt und mit einem einer besseren Sache würdigen Starren auf dem Standpunkt des Parteiführers, dem Standpunkt damaliger Antragslinien. Infolgedessen kommt der jetzigen Tagung keineswegs die Bedeutung einer entscheidenden Klärung der deutschnationalen Parteifrage vor. Was ein Bruch im Augenblick vermieden worden sein, die Gefahr eines Auseinanderfallens der Partei ist keineswegs behoben. Die Krise dauert ungeschwächt fort.“

Die mit Hugenberg durch die und Dünn gehende rechtsstabile „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Die verschwindende Mehrheit des Parteivorstandes die die Entscheidung abgeben hat, dürfte sich in der Hauptsache aus den Abgeordneten zusammensetzen, deren Verhalten es ja gerade ist, das der Parteivorstand verurteilt. Die Partei als solche steht — das hat sich auch jetzt wieder gezeigt — hinter Hugenberg und es ist gewiß kein Zufall, daß die Entscheidung des Parteivorstandes einem Vorschlage der Vertreter der Provinz Ostpreußen entkammt, die ja unter den Agrar- und Händlern am häufigsten selbst. Am wenigsten erscheint uns, daß nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Gesamtsituation auch für die Fraktion klarer als bisher festgelegt wird. Das gilt für die Oppositionsfraktion gegenüber dem Kabinett Brüning, das gilt vor allem auch für die im letzten Sage der Entscheidung getroffene eindeutige Feststellung, wonach in besonderen Fällen die Entscheidung des Partei- und Fraktionsvorstandes maßgebend ist. Damit dürfte die Folgerungen klargelegt sein, die sich bei einer Wiederholung der Vorgänge des 12. und 14. April für die Beteiligten ergeben würden.“

Die deutschnationale „Berliner Morgenzeitung“ sagt:

„Das Beschlüsse des Parteivorstandes zu unfruchtbarer Opposition gegen die bürgerliche Regierung ist aufs tiefste zu bedauern und muß notwendigerweise zu neuen Konflikten zwischen dem Parteivorstand bzw. dem Parteivorstand und der Mehrheit der Reichstagsfraktion führen. Letztere kann sich dem vom Parteivorstand neuerdings verhängten Zwang nicht beugen, ohne sich selbst zu unterwerfen. Bei einer direkten Wahrgang der Fraktionsmehrheit wie auch von ihrer völligen Unterwerfung hat der Parteivorstand mehrmals die Zustimmung angenommen, das das jeweilige die sofortige Spaltung der Partei bedeutet hätte. Damit erspricht sich aber auch so ziemlich das große Entgegenkommen des Parteivorstandes gegenüber der Reichstagsfraktion. Praktisch heißt der Parteivorstand unbeschäftigt und mit einem einer besseren Sache würdigen Starren auf dem Standpunkt des Parteiführers, dem Standpunkt damaliger Antragslinien. Infolgedessen kommt der jetzigen Tagung keineswegs die Bedeutung einer entscheidenden Klärung der deutschnationalen Parteifrage vor. Was ein Bruch im Augenblick vermieden worden sein, die Gefahr eines Auseinanderfallens der Partei ist keineswegs behoben. Die Krise dauert ungeschwächt fort.“

Die mit Hugenberg durch die und Dünn gehende rechtsstabile „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Die verschwindende Mehrheit des Parteivorstandes die die Entscheidung abgeben hat, dürfte sich in der Hauptsache aus den Abgeordneten zusammensetzen, deren Verhalten es ja gerade ist, das der Parteivorstand verurteilt. Die Partei als solche steht — das hat sich auch jetzt wieder gezeigt — hinter Hugenberg und es ist gewiß kein Zufall, daß die Entscheidung des Parteivorstandes einem Vorschlage der Vertreter der Provinz Ostpreußen entkammt, die ja unter den Agrar- und Händlern am häufigsten selbst. Am wenigsten erscheint uns, daß nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Gesamtsituation auch für die Fraktion klarer als bisher festgelegt wird. Das gilt für die Oppositionsfraktion gegenüber dem Kabinett Brüning, das gilt vor allem auch für die im letzten Sage der Entscheidung getroffene eindeutige Feststellung, wonach in besonderen Fällen die Entscheidung des Partei- und Fraktionsvorstandes maßgebend ist. Damit dürfte die Folgerungen klargelegt sein, die sich bei einer Wiederholung der Vorgänge des 12. und 14. April für die Beteiligten ergeben würden.“

Die deutschnationale „Berliner Morgenzeitung“ sagt:

Verhängnisvolle Arbeitslosigkeit.

Noch 2,2 Millionen Erwerbslose. — Eine halbe Million mehr als im Vorjahre.

Ein Warnungszeichen, das Öffentlichkeit und Reichsregierung alarmieren muß, ist der neue Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung über die Arbeitsmarktlage. In der ersten Aprilhälfte sprich die Arbeitslosigkeit nur langsam fort. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit nur in mehreren Landesarbeitslosenbezirken geringer als in der letzten Märzhälfte. Am ganzen erreichte sie nur nahezu das Ausmaß der beiden Vormonate. Dagegen war der Rückgang der Arbeitslosigkeit bedeutend schwächer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Überlagerung gegenüber 1929 verläuft sich insbesonderen von Woche zu Woche.

Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt wird durch die Ziffern über die Anamprunahme der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsunterstützung gekennzeichnet, wenn gleich diese Zahlen nicht die Gesamtheit der Arbeitslosigkeit wiedergeben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist gegenüber dem 1. und 15. April um rund 195.000 Personen auf 1.859.000 zurückgegangen, während sich in der Statistik der Arbeitsunterstützung die Unterstützungszahl um etwa 8700 Personen auf 302.000 erhöht hat, insofern in diesen beiden Unterstühtungseinrichtungen Mitte April rund 2.160.000 Hauptunterstützungsempfänger unterstüht worden sind. Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre Ende Februar betrug die Frühjahrseinstellung in beiden Unterstühtungseinrichtungen in den 6 Wochen bis zum 15. April eine halbe Million Hauptunterstützungsempfänger. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres liegt das Unterstühteniveau

gegenwärtig um insgesamt 480.000 Personen höher.

Unheimliche Feststellungen! Wir haben es hier mitten im Frühjahr mit einer bedenklichen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu tun.

Mitte April noch 2,2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger

festgelegt werden, so ist das ein Moment, das bei den maßgebenden Stellen allererst höchste Beachtung verdient. Wir sehen, worauf von uns seit Wochen und Monaten warnend hingewiesen worden ist, eine im Vergleich zur Wirtschaftslage unverhältnismäßig starke Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in industriellen Bezirken, wie im Rheinland und in Sachsen ist — der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur ganz gering, die Unter-

stützung ist hauptsächlich nur in den landwirtschaftlichen Bezirken, in Ostpreußen, Schlesien und Südböhmen zu beobachten. Wir sehen deutlich, die Auswirkungen der neuen Nationalisationswelle, der strukturellen Veränderungen in der Industrie, der Stagnation auf dem Baumarkt. Angelegentliches Tauschen ist es einfach aber, noch von einem Zwischenschritt in der Beurteilung der Arbeitsmarktlage zu sprechen, wie die volksparteiliche „Politische Zeitung“ dem früheren Reichsarbeitsminister Willert vorwerfen zu müssen glaubte. Wenn man von Zweifelsmomente sprechen darf, dann vielmehr gegenüber den Wirtschaftsführern, die immer noch von der Notlage der Wirtschaft sprechen. Daß die Wirtschaft nicht auf Rosen gebettet ist, muß ohne weiteres zugegeben werden. Aber jetzt sieht eben, daß die

Wirtschaftslage wesentlich besser ist als die Arbeitsmarktlage.

Man braucht sich nur an das schreckliche Jahr 1926 zu erinnern, um sofort den ganzen Ernst der augenblicklichen Situation zu erkennen. Damals betrug am 15. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung, die das heutige Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsförderer umfaßt, 1.800.000. Heute liegen wir rund um 300.000 Unterstühtungsempfänger höher als damals. Am Vortage betrug der Rückgang in der Zeit vom 29. Februar bis zum 15. April 1 Million allein in der Versicherung. Dieses Jahr beträgt der Rückgang im gleichen Zeitraum erst eine halbe Million; in der Arbeitsförderer aber haben wir noch einen Zugang zu verzeichnen.

300.000 Unterstühtungsempfänger in der Arbeitsförderer

— eine furchterliche Zahl! Im Jahre 1926 wurde bereits nach 13 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung Unterstühtung gegeben und zwar für die Dauer eines Jahres, während jetzt erst nach 26 Wochen Unterstühtung wird und zwar nur ein halbes Jahr in der Versicherung.

Was angeht all dieser Zahlen das Kabinett Brüning mit 150 Millionen Reichsmark zur Versicherung und 50 Millionen Reichsmark auszugeben will, ist vollkommen sicherer. Ihr Optimismus wirkt angesichts der furchtbaren Zahlen geradezu grotesk. Notwendig sind vor allem zwei Dinge: Erhöhung des Reichszuschusses zur Arbeitslosenversicherung und Ausbau der Arbeitsunterstützung. Wir sind gelangt, wo das Kabinett Brüning zur Linderung der Arbeitslosigkeit überhaupt etwas unternimmt und was.

Was wird mit der „toten Hand“?

Eine preisgegebene Steuerreserve.

Seit mehr als 10 Jahren besteht in Deutschland eine Steuer, die noch niemals erhoben wurde: die Besteuerung der toten Hand. Der Grundbesitz, der sich in der Hand von natürlichen Personen befindet, wechselt häufig seinen Besitzer, meistens im Laufe einer Generation, also in durchschnittlich 30 Jahren. Jüngeren wechselt der Grundbesitz in der Hand der Kirchen, Stiftungen und der Fideikommissen niemals seinen Besitzer und der Grundbesitz der Aktiengesellschaften ist in der Regel auch nicht im Besitz von natürlichen Personen. Bei jedem Besitzwechsel von Grundbesitz ist Grundbesitzsteuer zu zahlen. Das ist eine sehr gerechte Steuer, denn sie erfasst die Wertsteigerungen des Grundbesitzes. Aber der gedachte Grundbesitz (Besitz der toten Hand) entgeht dieser Besteuerung. Deshalb wurde im Jahre 1919 der Grundbesitz der toten Hand (Kirchen, Stiftungen, Fideikommissen und auch Aktiengesellschaften) einer Besteuerung von drei Prozent des gemeinen Wertes (einschließlich des Gemeindefußsatzes) unterworfen, die alle 20 Jahre fällig werden sollte, erstmalig aber im Jahre 1929 in halber Höhe (1½ Prozent). Im Dezember 1928 hat die Regierung, sobald sie möglich, spätestens bis zum 1. April 1930, Vorstöße darüber zu machen, ob und inwieweit die bestehenden Vorschriften über die Besteuerung der toten Hand den veränderten rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen anzupassen sind.

Inzwischen ist der Termin, den der Reichstag der Regierung gelegt hat, verstrichen. Statt aber den Reichstag einen Vorstoß über die Ausregelung der Bestimmungen über die Besteuerung der toten Hand vorzuschlagen, richtet Moldenhauer ein Schreiben an ihn, was den Zeitpunkt noch nicht in der Lage sieht, Vorstöße über die fällige Gesetzgebung der Besteuerung der toten Hand zu machen. Zur Begründung führte Moldenhauer die rechtliche Unsicherheit über das Schicksal der Fideikommissen, die wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft und die Notwendigkeit der Förderung der Kapitalbildung an.

Keiner dieser Gründe hält einer näheren Prüfung stand. Die Unsicherheit über das Schicksal der Fideikommissen ändert nichts an der Tatsache, daß die Grundbesitzer der toten Hand gedankt ist, seinen Besitzwechsel erfahren haben. Die wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft rechtfertigt nicht eine Vorzugsbehandlung einer bestimmten Gruppe landwirtschaftlicher Grundbesitzer; denn alle übrigen Grundbesitzer müssen trotz der Notlage der Landwirtschaft bei jedem Besitzwechsel Grundbesitzsteuer zahlen.

steuer bezahlen. Außerdem fällt unter die Besteuerung der toten Hand auch sehr viel städtischer Grundbesitz, bei dem von einer Veräußerung im Falle des Todes gar keine Rede sein kann. Und was schließlich das Argument der Kapitalbildung betrifft, so ist nicht einzusehen, warum eine geringfügige Besteuerung gewisser Vermögen, die nur alle 20 Jahre erhoben wird, die Kapitalbildung hemmen soll. Wird alle 20 Jahre erhoben wird, die Kapitalbildung hemmen soll, wird alle 20 Jahre eine Steuer von 3 Prozent über reibenden Grundbesitz entrichtet? Die Kirche hat sich ja schon längst modernisiert und die ummoderne Parole des Neuen Testaments: „Ihr sollt nicht Schätze sammeln auf Erden, die Moten und Staub freisen“ durch die moderne Kapitalbildung ersetzt. Warum also eine Sonderbestellung zumeisten? Aber Moldenhauer scheint das zu meinen, denn er meint in seiner Antwort an den Reichstag, daß es überhaupt zweifelhaft ist, ob die Steuerpflicht der Kirche bestehen bleiben wird. Warum soll das im Zeitalter der Trennung von Staat und Kirche zweifelhaft sein? Und welches Recht hat der Finanzminister, einen solchen Zweifel auszusprechen, solange das Gesetz über die Besteuerung der Kirche besteht und der Reichstag es nicht abgeändert hat? Und ferner, daß bei Moldenhauer der Wunsch der Vater des Gedankens war.

Mit der Zukunft Moldenhauers an den Reichstag darf die Frage der Besteuerung des Grundbesitzes der toten Hand nicht abgelenkt sein. Moldenhauer behält sich zwar die endgültige Stellungnahme bis zum Ende dieses Jahres vor, aber er läßt deutlich genug durchblicken, daß er die Steuer endgültig fallen lassen will. Demgegenüber muß auf folgendes hingewiesen werden: Im Haushalt des Jahres 1930 werden einmalige Ausgaben in der Höhe von 450 Millionen Mark zur Aufstellung des Finanzplans zu dem Zweck sein. Die Sozialdemokratie verteilte sich langem den Standpunkt, daß diese einmaligen Ausgaben nach Möglichkeit durch einmalige Einnahmen gedeckt werden sollen und nicht durch dauernde Massenerhöhung. Die Besteuerung der toten Hand, die seit 10 Jahren vorgeschrieben ist und für die die Steuerpflichtigen daher schon seit langem Reserven eingestellt haben, entspricht in jeder Weise dieser Forderung. Denn eine Steuer, die nur alle 20 Jahre erhoben wird, läßt fastlich einen einmaligen Charakter.

Ihre finanziellen Ertrag lassen sich sehr leicht durch Erbschaften anfallen. Denn es gibt nur wenig Erbschaften über 50 Millionen Mark. Aber man wird für dieses Mal den steuerlichen Ertrag mit 60 Millionen Mark auszuweisen und hoch greifen. Warum soll diese fast langem gefällig vorgelebene Steuerreserve in einer Zeit der schwersten Finanznot des Reiches ohne Zwangener Preisgegeben werden?

dürfte zuverlässig unterrichtet sein, wenn sie erfährt: „Es ist anzunehmen, daß die Wähler der Fraktion, die sich vor der Tagung des Parteivorstandes unter Führung des Grafen Westarp zu bestimmten Schritten zusammengefunden hatte, in Kürze weitere Entscheidungen darüber fassen, wie sie sich zu der Entlassung des Parteivorstandes verhalten. In unrichtigen Kreisen wird die Situation sehr ernst beurteilt, die Hoffnungen auf eine mittlere Veränderung sind vollständig zurückgegangen.“

Was tut die deutschnationale Fraktion?

Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird sich in den nächsten Tagen in einer Sonderung mit dem Reichstag über den Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes befassen.

Aufhebung des Stahlhelmsverbots?

Mitteilich wird mitgeteilt: Der Reichsregierung sind in letzter Zeit von den verschiedenen Interessierten Gruppen und Kreisen Anträge auf Aufhebung des Stahlhelmsverbots im Rheinland und im Saarland zur Erörterung der durch diese Anträge aufgeworfenen Fragen sind die beteiligten Ressorts des Reiches und Preußens zu einer formidatorischen Aussprache in das Reichsministerium des Innern geladen worden, wie dies bei Angelegenheiten, an denen mehrere Dienststellen beteiligt sind, üblich ist. Zur Sache liegt eine Stellungnahme der Reichsregierung über das Reichsministerium des Innern bisher nicht vor.

Erst gestern wurde das, was man heute mitteilich mitteilt, noch demontiert. Eine Sonderbare Sinesänderung innerhalb von 24 Stunden, die wieder die feste Führung der Brüning-Regierung in besten Licht erscheinen läßt. Was aber an dieser Mitteilung besonders interessant ist, sind die „verschiedensten Seiten“, die mit Anregungen und Anträgen zur Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen an die Reichsregierung herangetragen sind. Wir glauben zu wissen, daß diese verschiedenen Seiten sich nur aus zwei Hauptgruppen zusammensetzen: einerseits die Interessierten, die sich für die Aufhebung des Stahlhelmsverbots interessieren, und andererseits die Interessierten, die sich für die Aufhebung des Stahlhelmsverbots interessieren. Wer sollte sonst auch ein Interesse an derzeitigen Anregungen haben? Diesen Interessierten hat sich die Regierung Brüning sofort zu mißgefallen gezeigt, obwohl es sich bei der eventuellen Aufhebung des Stahlhelmsverbots nicht um eine Sache des Reiches, sondern um die preussische Staatsregierung handelt und nach dem üblichen Verfahren der Angelegenheiten an den Reichstag zu bringen ist. Die Regierung Brüning höchstpersönlich veranlassen Konferenz zuständig gewesen wäre. Man mag sich in der Wilhelmstraße drehen und merken wie man will: Wenn nicht Stahlhelme vorgeprochen hätten, würde man auf die Anregungen geipfen haben. Man konnte und dürfte nicht pfeifen, weil das Herrn Selbe und Kontoren verpörrliche politische Geschäft jetzt fällig.

Als die „verschiedensten Seiten“, selbst der christliche Konsumverein vor wenigen Wochen an die Regierung Brüning, mit Anträgen und Anregungen, welche Bericht auf die Ausnahmehetze für die Konsumvereine enthalten, hat man wieder eine Konferenz einberufen nach jenseit irgend etwas veranlaßt. Nicht einmal auf den Protest des Zentrumsabgeordneten Schlad hat man geachtet. Er wurde beiseite gelegt als wäre er niemals zu Papier gebracht worden. Es ist eben etwas anderes, ob Stahlhelme oder Arbeitervertreter bei der Regierung des Herrn Brüning vorpreseln.

Am übrigen bestimmt in der Frage des Stahlhelmsverbots nach wie vor die preussische Regierung und die wird Herr Brüning faum den Gefallen tun, Bericht für Hugenberg einzufassen.

Konsumvereine protestieren.

Der Generalrat des Zentralsverbandes der deutschen Konsumvereine, der am Freitag in Bochum eine Sitzung abhielt, faßte zu der unter Führung der Regierung Brüning gegen die Konsumvereine beschlossenen Ausnahmehetze einstimmig folgende Entschlüsse:

Vorstand, Ausschuss und Generalrat des Zentralsverbandes deutscher Konsumvereine stellen mit Empörung fest, daß die Regierung und Reichstag die Aufhebung neuer Steuern einzeln und allein auf einer unangehörigen Mehrbelastung der Verbraucher aufgebaut haben. Die alles Dagegen liegende Erhöhung der Zölle auf notwendige Massenerhöhung, die Beseitigung der Einbuhr billigen Gekörnterlebens und Schaffung neuer indirekter Steuern auf Bier, Mineralwässer, Labar, verschiedene Milliardepensen der Verbrauchssteuer, besonders aufreißend mittels der Erhöhung der Zölle und unangenehm aller Steuern, der Umwälzung der Steuer, die Steuer gegen die großen Einzelhandelsbetriebe, insbesondere die Konsumvereine. Durch diese wird das Streben der unbemittelten Familien nach sparsamer Haushaltsführung unter Strafe gestellt, von ihnen Eintausenderparnissen wird ihnen ein großer Teil geraubt.

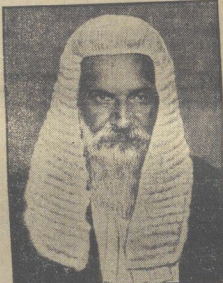
Am Namen der Verbraucher wird die schleunige Beseitigung dieses schändlichen Unrechtes gefordert. Die organisierten Verbraucher werden mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie dieses Unrecht den unter Führung der Wirtschaftspartei stehenden Interessierten, Mittelskassen zu danken haben, vor dessen selbstständigen Forderungen Regierung u. Reichstag zu Kreuze getreten sind. Die Drangsalierung der Konsumvereine muß ihnen Veranlassung geben zur Wehr der gegen sie gerichteten Unrechts, den Konsumvereinsfeindlichen Mittelstand auf allen Gebieten scharfen Kampf anzufangen, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu brechen. Bezug des Verbrauchereigenen Selbstwill unter strengster Wehrung des reichslosen Freiendes und Sammlung aller unbemittelten Verbraucher in den Konsumvereine muß die und gründlich zu lösende Aufgabe aller genossenschaftlich organisierten Verbraucher sein.“

Einigung bei den Ostreparationen

Paris, 26. April. (Eig. Funntm.). Der Vorstehende des Ausschusses zur Regelung der Ostreparationen, Loucheur, teilte der Presse am Freitag abend mit, daß es endgültig gelungen sei, zwischen Ungarn, der kleinen Entente und den Großmächten eine Einigung herbeizuführen. Die vier Abkommen zur Regelung der Ostreparationen werden voraussichtlich heute nachmittags oder spätestens am Montag unterzeichnet werden. Ungarn habe sich schließlich bereit erklärt, von 1914 bis 1966 jährlich 12,5 Millionen Goldtrone zu zahlen. England, Italien und Frankreich verzichteten dafür bis auf weiteres jährlich bis auf 1,5 Millionen Goldtrone, um so die Währung weiterer Ausgleichtstellen für die Entschädigung der Ententeungen ungarischen Großgrundbesitzer und die Dedung aller künftigen Schadenersatzparnissen zu ermöglichen.

Indiens Freiheitskampf.

New Delhi, 25. April. (Eig. Drahtb.). Der Präsident der indischen gelegenden Verammlung



Patel,

der am Donnerstag von seinem Amt zurückgetreten ist, hat dem Verzeichnis von Anträgen zur Begründung seines Schrittes ein Schreiben überreicht, in dem er u. a. heißt: „Mein Volk befindet sich in einem Kampfe um Leben und Tod für die Freiheit. Die jüngsten Ereignisse haben mich jeder Hoffnung auf eine Sinesänderung der britischen Regierung beraubt. Ich bin überzeugt, daß Gandhi's Gerechtigkeit gegen eine Beteiligung des indischen Nationalkongresses an einer gemeinsamen Konferenz mit Großbritannien vollkommen berechtigt ist, falls nicht vorher von britischer Seite Anbieten der Forderung nach vollen Dominanz über jeden Wechsel anerkannt wird. In dieser Lage besteht der einzige ehrenvolle und patriotische Weg darin, daß ich meine Beziehungen zu der indischen Regierung abrechne und den mir zukommenden Platz im Kampfe für die Freiheit Indiens einnehme.“

Verhaftung der Kämpfe.

52 Tote bei Peshawar.

New Delhi, 25. April. (Eig. Drahtb.). Die Lage an der Nordwest-Grenze Indiens, die seit dem Ausbruch von Mittwoch — das nach den neuesten Meldungen 52 Tote forderte, überaus gespannt war, hat sich neuerdings weiter verschärft, so daß die britischen Indischen Behörden sich veranlaßt gesehen haben, alle europäischen Frauen und Kinder aus dem Bezirk von Peshawar zu entfernen.

Der außerordentlich widerspruchsvolle Charakter der Meldungen über die Vorfälle in Peshawar ist auf die von der Regierung veranlaßte Nachrichtenagentur zurückzuführen. Anzwischen haben die Behörden neue Truppenmächten in das Unruhegebiet entsandt. Wenn die Soldaten bis auf weiteres nicht entzogen werden, so kann die Verhaftung des Militärs-Gleichzeit-Hilfsstips um etwa 200 Mann angeordnet.

Am State of Mysore ist ein Bergarbeiter-Streit ausgebrochen. Die Behörden haben sofort Truppen nach den Gruben gebieten entsandt. Im Salaghat und Rundbrog war am Freitag ein Zusammenstoß mit der Polizei zu verzeichnen. Zwischen 10 Personen wurden verletzt.

Ein Balkanbund?

Paris, 26. April. (Eig. Funntm.). Figaro berichtet, daß noch in diesem Monat in Athen ein allgemeiner Kongress aus Vertretern der Balkanländer zusammenzutreten wird, um die Grundlagen eines Balkanbundes festzulegen. Die Mitglieder der Konferenz werden nicht von den Regierungen, jedoch mit ihrer Zustimmung von den maßgebenden wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Verbänden der Balkanländer delegiert.

„20 Millionen Deutsche zuviel.“

Ein netter Reichsjustizminister.

Der Schriftsteller Werner Hegemann veröffentlicht eine Unterredung mit dem gegenwärtigen Reichsjustizminister Prof. Dr. Bredt, dem Führer der Deutschen Wirtschaftspartei. Die Unterredung fand vor einem halben Jahr im Reichstag statt. Das Gespräch drehte sich um die innerpolitische Lage Deutschlands, in dessen Verlauf Bredt sagte: „Und zu einem großen Stöcker haben wir uns nicht in ein paar Jahre kommen, wenn so weiter gewirtschaftet wird. So wie jetzt kann nicht weitergewirtschaftet werden.“

Bredt muß in der Unterredung wohl die Meinung geäußert haben, daß ein paar Millionen von der Kanaille daran sitzen müßten. Denn ein Dritter, der an der Unterredung teilgenommen hat, hat Bredt's Worte so wiedergegeben: „Wenn Sie glauben, daß ein paar Millionen von der Kanaille daran glauben müßten, warum kämpfen Sie nicht lieber und schon lange nachdrücklich für Geburtenbeschränkung und für den Verkauf wirksamer Mittel zu diesem Zweck?“

Professor Bredt jante seine Stimme und sagte brinnlich: „Das dürfen wir ja nicht. Sie haben vollkommen recht. Aber die Massen wollen das nicht hören. Sie haben schon vor Jahren gesagt, wenn in einer Nacht plötzlich 20 Millionen Deutsche ums Leben kämen, dann wären wir das reichste Volk der Welt.“

Ja: „So gehen Sie also einig mit Clemenceau, der gesagt haben soll, es gäbe 20 Millionen Deutsche zuviel?“

Bredt: „Ja, das hat der aber ganz anders gemeint.“

Ja: „Der Unterschied scheint mir darin zu liegen, daß Clemenceau aus nachdrücklicher Befreiheit hat, diesen Ausdruck über Sie sich ganz offen dazu bekennen. Siecht es nicht fast so aus, als ob Clemenceau doch die Deutschen noch etwas mehr liebe, als Sie und Ihre Parteifreunde es tun?“

Da fingelte es zur Zustimmung. Professor Bredt empfahl sich eilig.

Die Agrarer Folterkammer.

Wie man im Krosenprozeß Gefändnisse erpreffe.

Belgrad, 26. April. (Eig. Funntm.). Der Prozeß gegen Dr. Maffek und Genossen nahm am Freitag einen geradezu sensationellen Verlauf. Der als Führer der „terroristischen Aktion“ in Agram angeklagte 24jährige Handelsangehülte Bernatitsch erklärte, daß er nur noch fortgesetzten Folterungen ein Gefändnis abgelegt habe und daß nach Lage der Dinge ein derartiges Gefändnis fastlich bereitwillig gewesen sei. Man habe ihm im Verlaufe des Prozesses die Hände und Füße zusammengebunden und in diesem Zustande an der Zimmerdecke aufgehängt. In dieser Lage sei er tagelang von 6 Uhr früh bis abends immer wieder blutig geprügelt und mißhandelt worden. Zweimal sei er in Ohnmacht gefallen. Schließlich habe er dann ein Gefändnis abgelegt. Das Vernehmungsprotokoll, das seine Unterfertigung trage, habe er in Wirklichkeit nicht durchlesen dürfen. Die ihn vernehmenden Polizeigenossen hätten in das Protokoll hineingeschrieben, was sie von der Antage gegen Maffek und Genossen gedeutet und nicht was die Verhältnisse ausgelagt hätten.

Weiter gab Bernatitsch an, daß auch die anderen Angeklagten schwer mißhandelt worden seien. Damit man ihr Schreien nicht habe hören sollen, sei ein Grammophon aufgestellt worden, das lustige Lieder gespielt habe, während sie gemartert worden seien. Ihm selbst habe man während der Vernehmungen von ihm ein Schreien zu hindern, einen Strohk in den Mund gegeben und überbiss den Mund verbunden. Der Angeklagte verneinte sich dagegen, daß er im Verein mit anderen Angeklagten in Gefändnissen die Generale Martowitsch und Tomitsch gefoltert haben solle, um sie zu züchten. Bernatitsch wies die Widerlegung des gegen den Angeklagten gerichteten Vorwurfs der Antage, daß er an dem Anschlag gegen den Ministerialrat Kabin teilgenommen habe. Bernatitsch wies nach, daß der Anschlag am 7. November verübt, er selbst aber bereits am 6. November verhaftet worden sei.



Die erste Sitzung der Bank für internationale Zahlungen (I.B.Z.).

Der Welt-Aufsichtsrat

Am Kreis von Rechts nach links: Rommergenesi Dr. Reich (vorn über den Tisch gebeugt), Reichsamt-Präsident Dr. Rühler, Vizepräsident Dr. Carl Melchior, (ämtlich Deutschland), Vizepräsident Leon Frazer und Präsident Mac Garrah, (Amerika), die Minister Francaux und Franck (Belgien), E. Abdus und Gouverneur Montag Norman (England), Le Bosquet (Dolmeischer), Tanato und No-hara (Japan), Agolini u. Prof. Beneduce (Italien), Marquis de Vogue, Gouverneur Marcon u. Baron Brincard, sämtlich Frankreich.

Bodenreformtag in Würzburg.

Würzburg, 26. April. (Telunion). Hier wurde, nachdem am Freitag eine Vorlandung und eine Waffelbederungsverammlung vorausgegangen war, am Samstag vormittag der 33. Bodenerformtag eröffnet. Die Tagung ist außerordentlich zahlreich besucht und beweist das große Interesse, das die Frage der Bodenreform und die Gedanken des Führers der Bewegung, Damalsche, in allen Kreisen finden. Vertreter des Reiches, des Staates, der Stadt sowie der Behörden übermittelten der Tagung ihre besten Wünsche.

Besonderes Interesse beanspruchten die Ausführungen Adolf Damalsches, der über das Thema „Unsere Arbeit und unsere Aufgaben“ sprach. Zu dem

Berliner Grundstücksandel
und dessen lieblichen Begleiterchen wurde Damalsche: Beim Verkauf von Doppel-Drillden habe ein Zwischenhandel in zwei Jahren 1.100.000 Mark verdient. Rund 80 v. H. der deutschen Familien haben ein Jahresvermögen von unter 3000 Mark. Eine solche Familie müßte 350 Jahre lang ununterbrochen arbeiten, um einen gleichen Verdienst in unserer Volksgemeinschaft zu gewinnen. Und doch wäre es unfruchtbar, einzelne Personen anzugreifen. Die tiefste Erklärung dieser Mißstände liegt in dem veralteten Enteignungsrecht, bei dem in der Regel die Grundstückspreise noch höher hinaufgetrieben werden, als selbst durch über Zwischendändler. Hier kann nur helfen ein Wohnheimkittengeh, nach dem Entwurf des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“, das bestimmt, daß die Höhe der Entschädigung bei notwendigen, natürlich nur notwendigen Entwendungen, sich nach dem Steuerwert zu bemessen habe. Vierzig Millionen hätte allein die Stadt Berlin sparen können, wäre dieser Grundriss schon in Gültigkeit. Ebenso wäre eine übertriebene Bodenreformwirtschaft und ein Festlegen von größerem Kapital in Boden überflüssig, wenn die Gemeinden nach dem Wohnheimkittengeh zu jeder Zeit zum „gerechten“ Preis Boden für notwendige Zwecke erwerben können.

Andere Vorträge hielten in a. D. M. um über „Heimstättenreform in ihrer rechtlich-ökonomischen Bedeutung“ und Reichsarbeitspräsident L. R. Simons über „Heimstättenreform und Straßensystem“. Zu der Nachmittagsveranstaltung fehlte besonders ein Film vom Städtebau.

„Die Stadt von morgen“

dem Worte Hermann Janßen, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule, der durch eine berufliche Zustandsreise am persönlichen Erleben verknüpft war, vorausging. Er sprach u. a.: Wer mit städtebaulichen Plannungen zu tun hat, weiß, wie sehr deren Durchführung Unvorhersehbar, Mißbeurteilt und Optimismus erfordern. Ausführungen über Zweck und Ziel städtebaulicher Maßnahmen vermag mangelhafte Nennungen aus dem Munde zu räumen und erparnt den Stadtverwaltungen überflüssige Arbeit. Durch die Gegenüberstellung des ziellos Gewordenen und des planvoll Möglichen, die der Film in nichterner Berichtserstattung ohne lallendes Pathos vorbringt, vermittelt er mit zwingender Notwendigkeit die Erkenntnis, daß diese „Stadt von morgen“, die Stadt der Zweckmäßigkeit, der Gesundheit, der Wertehaltung, der Wirtschaftlichkeit und Schönheit nur mit einem Bodenrecht zu verwirklichen ist, das jeden Mißbrauch mit dem Boden ausschließt.

Zeppelins Englandflug.

Friedrichshafen, 26. April. (Eig. Funim). Das Luftschiff ist heute um 6.02 Uhr mit 12 Passagieren zu seinem Englandflug gestartet. Um 7.25 Uhr polierte das Schiff Siedingen in Richtung Dijon, von wo aus Kurs auf Paris genommen werden soll. Zwischen 14 und 15 Uhr beendigt die Schiffsfahrt die englische Hauptstadt London zu erreichen. Von dort soll nach einem kurzen Besuch der britischen Behörden, wo am die betreffende Zeit in dem Riesenballon vor 100.000 Zuschauern das Luftschiff für die Zügelorganisation ausgetragen wird, die Fahrt nach Cardington fortgesetzt werden. Hier wird das Schiff zu Boden gehen und von Heilmannschaften festgehalten werden bis sich Dr. Goerner mit mehreren Engländern am Bord des „Groß Zeppelin“ begeben hat. Am Sonntag morgen zwischen 7 und 8 Uhr soll das Schiff nach Friedrichshafen zurückkehren.

Wo ist der Federhalter von Locarno?

Eine Relequie der Weltgeschichte ist verschwunden: der goldene Füllfederhalter in Form eines Kästchens, mit dem feinerzeit die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages polieren worden ist. Das Kunststück des Museums am Lago Maggiore, das die Stadtväter von Locarno mit berechtigtem Stolz an die Friedensausstellung im Haag ausgestellt hatten, ist von dort nicht zurückgekehrt. Ist es geklaut worden oder einfach beim Verpacken abhandeln gekommen? Oder verlegt, wie man einen ganz gewöhnlichen Federhalter verlegt?

Die holländische Polizei ist mobil gemacht worden. Bei allen Goldwäschereien Amsterdams und der übrigen Städte sind strengere Nachforschungen im Gange. Bis jetzt ohne Erfolg. Aber die Polizei ist, soviel man hört, optimistisch gestimmt.

Steuerabbau in Frankreich.

Die Kammer hat am Samstag früh nach neunstündiger Aussprache den Steuerabbau mit seinen etwa 2 Milliarden Franken neuen Steuerermäßigungen mit 460 Stimmen bei Stimmenhaltung der Sozialisten genehmigt.

Der „Gegenbesuch“ bei Frick.

Vom thüringischen Staatsministerium wird heute eine amtliche Mitteilung folgenden Wortlaut veröffentlicht: „Borausichtlich wird Herr Staatssekretär Zweigert am Reichsministerium des Innern in Berlin Mittwoch, den 30. ds. Ms. in Weimar anwesend sein, um dem Herrn Vorbesuchen des thüringischen Staatsministeriums in Erwiderung der dessen Besuch in Berlin einen Gegenbesuch abzugeben.“

Man fällt also in Weimar daran fest, daß es sich bei der Reise Staatssekretär Zweigerts nach dort um einen Gegenbesuch handelt. Mit Weich können sie es ja machen.

„Friedliche Durchbringung“ in Marokko.

Paris, 25. April. (Eig. Draht). An der „friedlichen Durchbringung“ Marokkos durch die französischen Kolonialtruppen ist wieder eine neue Diskussion zu verzeichnen. Französische Besetzungsmächte aus Marokko besagen, daß französische Truppen in der Nacht zum 22. April das verhängnisvolle Hochplateau von Sgala besetzt haben, wo die Franzosen im vorigen Jahr etwa um die gleiche Zeit empfindliche Verluste durch aufständische Eingeborene erlitten. Die Besetzung, die kamplos erfolgt sein soll, hätte den „Schutz der von Dissidenten bedrohten Isolation Bevölkerungsteile“ des betreffenden Gebietes zum Vornahme. Nach der Belagerung wurde — wie Pariser Blätter melden — auf dem Plateau der Bau von Befestigungsanlagen in Angriff genommen.

Die Untergrundbahn-Katastrophe in Paris



Der Schauplatz der Katastrophe, die nicht weniger als 100 Verletzte forderte. Die Verunglückten sind fast reiflos Arbeiter, die in den frühen Morgenstunden zu ihren Arbeitsplätzen wollten.

Intermezzo des Schmetterlingssträflings.

Der um die Jahreswende zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Guayana verurteilte französische Eindringling Gutmann, der von seinem Exil aus einen Schmetterlingshandel eingerichtet hatte und zur Ausdehnung der geschäftlichen Beziehungen zu einer Europareise beurlaubt worden war, wurde in Paris, seinem Berichtszeitpunkt, prompt nach Guayana zurückgeführt, untreu: er sollte sich einen solchen Namen zu, schickte Weid, verließ den Gebirgsbereich bis zu 100 Prozent Gewinn — bis ihn einer der Bundesverwalter, ein Kriminalbeamter ihn erkannte und verhaftete. Der Traum der Freiheit endete auf der Anklagebank der Strafammer, die den ausgebrochenen Schmetterlingshändler wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung zu vier Jahren Gefängnis verurteilte. Nach der Urteilsverkündung erhob sich Gutmann, der, in welchem Saal und Brautgesangs von der Gläubigen Guayanas, den Eindruck eines tollenden Gentleman machte und legte mit einer Stimme voll Wehmut und Wärme: „Gott, Herr Präsident, ich bin schuldig. Ich verlorde mich nicht reinzuwaschen. Ich hätte besser getan, in Guayana zu bleiben und seltene Schmetterlinge nach Forsten zu sortieren. Aber vier Jahre Gefängnis? Wie sollte ich alter Mann von 62 Jahren das ertragen? Mein Leben nicht sich zu Ende. Nur die eine Bitte habe ich an Sie: Lassen Sie mich auf die Straßstraße zurückgehen. Dort unten erwarten Sie mich und dort kann ich mich nützlich machen.“ In einer Zelle in Frankreich bin ich zweifels. Lassen Sie mich zu meinen Schmetterlingen zurück, ich werde nie mehr wiederkommen.“ Die Richter konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, den die Worte des wehleidigen Greises auf sie gemacht hatten. Der nächste Transport wird den entronnenen König der Diebe ins Exil zurückführen.

Ein norwegischer Fischfalter gesunken. Wie aus Oslo gemeldet wird, ist der Fischfalter „Astor“ aus Gravane mit sechs Mann Besatzung in der Nordsee untergegangen.

„Nationaler“ Idealismus.

Mit dem Idealismus der „nationalen“ Kreise scheint es nicht so weit her zu sein, wie die Herren selbst gern behaupten. Eine „nationale Nothilfe“ sammelt seit längerer Zeit mit gewaltigem Earm Geld zur Unterstützung der des Memmors Besatzungen, namentlich zur Führung ihrer Prozesse und zur Befreiung von Kautionen, als hätte sie sich auch anheißig gemacht, die 20000 Mark Station aufzubringen, gegen die der des Memmors besitzende Deurebant an. D. Cdermann freigelegten werden sollte. Das Geld kam auch auf, aber, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittelt, nicht infolge des Aufzuges der nationalen Nothilfe, sondern durch Bürgerlicheidung der Beteiligung. Der Aufzug der Nothilfe sei fast ohne Erfolg geblieben; es sei knapp eine Summe von 650 k zu sammengetommen.

Der Mord an dem Nationalsozialisten Weisel. Die Berliner Polizei hat am Freitag im Zusammenhang mit dem kommunistischen Mord an dem Studenten Weisel 5 neue Verhaftungen vorgenommen. Außer der schon am Donnerstag festgenommenen Stirn Weisels, der Arbeiterin Salm, wurden der Führer der Sturmabteilung „Witte“ Max Rombowitz, dessen Bruder Walter und Willi, der Arbeiter Walter Sarnet und die Kantinistin Elie Kron verhaftet. Die polizeilichen Ermittlungen hatten ergeben, daß nämlich jetzt in Haft befindlichen Personen an der Vorbereitung des Attentats und dessen Ausführung beteiligt waren. Die intellektuelle Urheberin der Mordtat ist die Kommunistin Frau Salm, deren Mann ebenfalls Mitglied der KPD ist und dem roten Frontimpulserbund bis zu dessen Auflösung angehört hat. Nach der Wiktat kamen die Teilnehmer in einem kommunistischen Stammtisch zusammen und legten, wie schon, keine Rede darüber spreche, sollte der Parteiführer verfallen und durch eine Regel zum Schweigen gebracht werden.

Ratenflug über den Kanal? Fröh von Opel teilt mit, daß er die Wkht habe, in diesem Sommer Merios Flugzeug aus 1909, den Flug über den Kanal, mit einem Startflugzeug, das vom Start bis zur Landung 15 Minuten brauchen soll, zu wiederholen.

Normogischer Forscher von mexikanischen Inblanen ermordet. In Puebla (Mexiko) wurden acht Personen verhaftet unter dem Verdacht, in der vergangenen Woche in Anzaco den norwegischen Gelehrten Edgar Ruhlmann ermordet zu haben. Ruhlmann hatte sich mit besonderen Empfehlungen des Präsidenten Roldo Rubio zu Studienzwecken nach Puebla begeben. Unter der abergläubigen Indianerbevölkerung verbreitete sich das Gerücht, Ruhlmann habe Kindern den Kopf abgeschlagen, um aus ihren Leichen Öl zu gewinnen. Die Erregung nahm einen solchen Umfang an, daß der Gelehrte von der fanatisierten Bevölkerung zu Tode geprügelt und in einen Brunnen geworfen wurde.

Die Spendenkade von Rom aufgeführt. Nach langwieriger Untersuchung ist es der römischen Polizei gelungen, die Helfershelfer des Pseudohauptmannes und Pseudoadmirals der Karabinier, die vor einiger Zeit einen Juwelier in Rom auf Grund eines gefälschten Fotobeils in das Zentralgefängnis einleiteten und darauf seinen Laden völlig ausraubten, dingfest zu machen und die geflohenen Juwelier herbeizuführen. Der Fund ist umso interessanter, als sich unter den geflohenen Juweliers auch zahlreiche Ehefrauen befinden, die aus dem Besitz des ehemaligen Königs von Afghanistan, Aman Allah, stammen.

Falschmünzer in Berlin verhaftet. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Freitag den 34jährigen Schloßer August Horne unter dem Verdacht der Geldfälscheri. — Schon seit Wochen tauchten in Berlin in den verdingelichten Stadtteilen falsche Drei- und Einmarkstücke auf. Die Fälschungen waren äußerst zierlich gearbeitet und sahen den echten Stücken kaum ab. Nur der Klang verriet, daß wenig oder gar kein Silber in den gefälschten Geldstücken enthalten war. Die Polizei stellte eingehende Beobachtungen an, die zur Vernehmung zahlreicher Personen und zur Verhaftung des Hornes als dem Urheber der Fälschungen führte. Horne wurde mitten in einem „Wachposten“ überbracht und festgenommen.

Beredsen oder Unglücksfall? In Bochum wurde am Freitag morgen in der Winterstraße der Reichsbahngelastete Fritz Zann überfahren und infamiert entführt. Auch mehrere Fußgänger wurden von den tobenenden Wassern abgerissen und mitgeführt. An dem Dürftigen Lebensabend mehrere Wohnungen und Keller unter Wasser gelegt und auch in der Stadt zum richte das Hochwasser beträchtlichen Schaden an. Auch die Zwönig wuchs während der Nachmittagsstunden des Freitag zu einem reicheren Strom an und überflutete den ganzen unterhalb der Schiene gelegenen Teil der Stadt Zwönig, wo das Wasser hellenweise mehrerhals in den Straßen stand. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich.

Letzte Nachrichten

(Eigene Post- und Drahtberichte).

Wolkenbrüche im Erzgebirge.

Chemnitz, 26. April. (Telunion). Das wässrige Erzgebirge wurde am Freitag von einer Reihe schwerer Gewitter heimgeleitet, die stellenweise von wolkenbruchartigen Regenfällen begleitet waren. Ueberflussumwungen wurden aus Zinn, Elum und Zwönig gemeldet. Der Jahrsabdruck in einen reichenden Strom vermandelt, der zahlreiche Telegraphenstationen, die an seinen Ufern standen, umstieß und infamiert entführte. Auch mehrere Fußgänger wurden von den tobenenden Wassern abgerissen und mitgeführt. An dem Dürftigen Lebensabend mehrere Wohnungen und Keller unter Wasser gelegt und auch in der Stadt zum richte das Hochwasser beträchtlichen Schaden an. Auch die Zwönig wuchs während der Nachmittagsstunden des Freitag zu einem reicheren Strom an und überflutete den ganzen unterhalb der Schiene gelegenen Teil der Stadt Zwönig, wo das Wasser hellenweise mehrerhals in den Straßen stand. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich.

Zwei Brüder beim Paddeln ertrunken.

Efen, 26. April. (Telunion). Am Freitag abend verunglückte die beiden Brüder Konrad aus Altendorf an der Auer, unter der Auerbrücke in Steele beim Baden die Rüge zu wechseln. Dabei kippte das Boot um. Die beiden Invasoren stürzten ins Wasser und ertranken.

Hungerstreik in einem bulgarischen Gefängnis.

Warna, 26. April. (Eig. Funim). In dem Gefängnis der bulgarischen Hafenstadt Warna fielen zurzeit 400 Straflinge aus Protest gegen ungenügende Behandlung im Hungerstreik. Aus dem Warnar Gefängnis sind kürzlich drei politische Verdrerher ausgebrochen. Der Direktor der Anstalt wurde daraufhin entlassen. Ein getrennter Hungerstreik ergriff die Strafgefangenen, die im Zusammenhang mit der Strafjustiz hatten. Der Justizminister hat eine Untersuchung angeordnet.

Siebenfacher Mörder verhaftet.

Schanhai, 26. April. (Telunion). Die Polizei verhaftete einen siebenfachen Mörder, der sieben Personen ermordet hat. Der Mörder war mehrere Jahre in einem Saule tätig und beschäftigte, ein Wädchen dem Saule zu steuern. Nachdem die Ehe unglücklich geworden war, ermordete der Mörder aus Wache die ganze Familie, darunter drei Kinder, in einem Weile.

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 98

Gonnabend, den 26. April 1930

5. Jahrgang

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 26. April.
Gedenktage.
26. April.
1699 Französischer Dramatiker Racine. — 1787 *Eudm. Uhländ.
— 1798 *Französischer Maler Eugène de Delacroix. — 1829 *Prof.
Wilhelm Uhlig. — 1863 *Arno Holz. — 1910 *Vormorgens Dichter
B. Höpfer. — 1913 *H. Kuh. („Der rote Apolliter“). —
1925 Reichspräsidentenwahl.

27. April.
1820 *Englischer Philosoph Herbert Spencer. — 1880 *Sozialist.
Negator Wilhelm Brade. — 1882 *Amerikanischer Philosoph Emerson
— 1909 Sultan Abdul Hamid enthront. — 1920 Einheitsgemeinde
Groß-Berlin. — 1920 Reichswehrgesetz beschloßen. — 1923
*Sozialist Adolf Sennler. — 1929 Dänemark: Königin Stauning.

Braucht man Berufsfeuerwehrlente bei der Feuerschutzwoche?

Deutscher Feuerwehverband sagt nein!

Eine Feuerwehrlente ohne die deutschen Berufsfeuerwehrlente
männer ist ein totes Ding. Das sieht nicht auch der Deutsche
Feuerwehverband. Daher sein trampfahres Gehen nach hinten
Ausreden zur Erklärung der Tatsache, daß der Verband deutscher
Berufsfeuerwehrlente trotz seines Ansehens nicht in die Arbeits-
und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrgemeinschaften
aufgenommen worden ist. Die Aufnahme soll, wie der Deutsche Feuerweh-
verband der Öffentlichkeit mitteilt, nur aus dem Grunde derzeit als
nicht durchführbar abgelehnt worden sein, weil der Verband der
deutschen Berufsfeuerwehrlente die Aufgabe zur Mitarbeit an der
deutschen Feuerschutzwoche persönlich und gemeinschaftlich nur dann
in Aussicht gestellt habe, wenn seine Aufnahme in die deutsche
Feuerwehrgemeinschaft genehmigt würde.

Was soll dieses nichtsliegende Gestammel? Will der Deutsche
Feuerwehverband sich vor aller Welt selbst lächerlich machen? Das
hat sich denn abgelehnt? Da soll eine Feuerschutzwoche veranstaltet
werden und die Gemeindefeuerwehren sollen teilnehmen. Die Reichs-
gruppenverband deutscher Berufsfeuerwehrlente, jetzt Section des
Gesamterverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und
des Bergbaus und Warenverkehrs, läßt man nicht in die Arbeits-
und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrgemeinschaften
aufgenommen werden und die Gemeindefeuerwehren sollen teilnehmen.
Wahrscheinlich es nicht einfach eine Selbstverständlichkeit sein, daß man
eine Organisation wie dem Verband deutscher Berufsfeuerwehrlente,
männer, die man zur Mitarbeit bei der Feuerschutzwoche einlädt,
auch den Zutritt zur Arbeitsgemeinschaft gestattet? Warum darf
dann der Verband deutscher Berufsfeuerwehrlente nicht in die
Arbeitsgemeinschaft? Wer will denn unter sich sein? Hat jemand
etwas zu verbergen? Oder gibt es in dieser Arbeitsgemeinschaft
etwas, das mit den Gemeindefeuerwehren nicht an einem Tisch sitzen
müssen? Der Deutsche Feuerwehverband weiß nichts anderes zu
antworten, als: Die Aufnahme sei nicht erfolgt, weil die Mitwirkung
an der Feuerschutzwoche als Druckmittel für das Aufnahmegelüste
des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrlente benutzt worden sei.
Im gewöhnlichen Leben wirkt man einen Menschen, den man ein-
lädt, bei irgend einer Propagandaaktion mitzubekommen, nicht die Ehre
vor der Nase zu, wenn der Eingeladene sich zum Eintritt in den
Kreis meldet, von dem gerade die Anregung zu Propagandaactio-
nen ausgegangen ist.

Wahrscheinlich ist, daß anfangs ein anderer Grund für die
Ablehnung angegeben wurde. Anfangs hieß es, daß die Arbeits-
und Interessengemeinschaft nur aus Verbänden bestehen könne, die keine
gemeinschaftlichen Interessen wahrnehmen und lediglich die Förde-
rung und Verwirklichung des deutschen Feuerwehrens sich zur
Aufgabe gestellt haben. Jetzt hat man auf einmal einen neuen
Grund für die Ablehnung des Beitrittsgelüsts des Verbandes
deutscher Berufsfeuerwehrlente. Der Deutsche Feuerwehverband
sollte sich die Mühe neuer Begründungen sparen, denn für den objektiven
Beobachter der Vorgänge liegt die Sache höchst einfach, nämlich so:
Man kann wohl die Mitwirkung der Gemeindefeuerwehren bei der
Feuerschutzwoche gebrauchen, aber man läßt diese Gemeindefeuerwehren
nicht. Ein deutscher Feuerwehverband mag keinen Gemeindefeuerwehrlente
haben, doch seine Unterstützung nimmt er gern.

— Eine Bitte. Die sozialistische Arbeiterbewegung richtet an alle
Freunde der sozialistischen Jugendbewegung die Bitte, die Ziele
und Werte der S.A.J. durch den Kauf von Fördermarken an
unterstützen. Die Marken werden in der nächsten Zeit von Mit-
gliedern der S.A.J. angeboten werden. Es müßte die Pflicht eines
jeden organisierten Arbeiters sein, solche Marken zu besitzen. Wenn
keine Marken angeboten werden, der fordern sie sich.

— Mäcker und Schule. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß
jeder Arbeiter seine schulpflichtigen Kinder am 1. Mai nicht zur
Schule zu schicken braucht. Alle Arbeiterkinder müssen daher min-
destens bis zum Montag, den 28. April ihren Kindern eine Ent-
schuldigung an die Lehrpersonen mitgeben, aus der hervorgeht, daß
das Kind am 1. Mai nicht am Schulunterricht teilnimmt. Da das
Ministerium am Vormittag des 1. Mai einen Auslass beabsichtigt,
ist es Pflicht aller Arbeiterkinder, sich an diesem Auslass mit ihren
Kindern zu beteiligen.

— Versicherungsverein Lebensorden. Am Donnerstag, den
1. Mai, 20.00 Uhr hält der Versicherungsverein Lebensorden seine
jährliche Hauptversammlung im Wälschenberg-Schützenhaus ab.
Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des Vorstandes und des
Kassenführers über das abgelaufene Geschäftsjahr, die Erklä-
rungen zum Vorstand und der Hauptkassen für 1930.

— Maifestung 1930. In vorzüglicher künstlerischer Weise ist die
denkmalige Maifestung ausgearbeitet, die jedoch in der Wälschen-
burg eingetroffen ist und zum Preise von 25 B., trotz der er-
höhten Verteilungskosten, abgegeben wird. Auch nehmen unter
Beitragsgeldern Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

An unsere Briefkasten. Ueber die Feuerschutzwoche berichten
wir nicht. Von der Einberufung von Kollegen über Veranstaltungen
sitten wir Abstand zu nehmen. Unsere Maßnahme stützt sich auf
einen Beschluß der freien Gemeindefeuerwehren.

Heraus zum 1. Mai!

An die sozialdemokratische Hand- und Kopfarbeiterchaft!

In Stadt und Land werden am 1. Mai die arbeitenden Massen
marschieren. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen
Welt treten an diesem Tage die kämpfenden Massen dem Feinde
gegenüber. Unter der roten Fahne des inter-
nationalen Sozialismus werden Millionen und Aber-
millionen, Männer und Frauen, ergraute Alte und stämmige Ju-
gend, durch die Straßen ziehen und für ihre Forderungen wehen.

Verteidigung der Arbeitseile, Arbeit für Alle, Soziale Gerechtigkeit.

Das sind die Grundforderungen, die wir noch immer erheben
müssen, ohne deren endliche Erfüllung nicht alle Menschen glücklich sein
können.

Die Maidarfe und Feiern müssen in diesem Jahre besonders
wichtig sein. Groß ist der Feinde Schaar. Die politische Rechte hat
durch Ausschaltung der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung
neue Hoffnung geschöpft. Die Unternehmer wollen diese Gelegen-
heit erneut zu einer Verküpfung der Sozialversicherung benutzen.
Dem arbeitenden Volk sind neue schwere Lasten
auferlegt und weitere sollen dazu kommen. Hier gilt es, zu
zeigen, daß der Bogen nicht überspannt werden darf, daß die So-
zialdemokratie und die Gemeindefeuerwehren. Am 1. Mai wird
die Arbeiterchaft durch die Geschlossenheit und Größe ihrer Ver-
anstaltungen beweisen, daß sie auch für den Fall einer Auf-
lösung des Reichstages gerüstet ist.

Die Kommunisten wollen, wie immer, auch diese Gelegen-
heit nicht vorbeigehen lassen, ohne daß sie der Reaktion von rechts

den Beweis ihrer Zerpfitterungstätigkeit gelie-
fert haben. Sie wollen „Standfeste“ in unsere Veranstaltungen
schleichen zum Zwecke der Störung. Damit beweisen sie hoffentlich
auch den Feinden der Arbeiterchaft, die noch immer politische Ghr-
lichkeit bei den Kommunisten haben, die schädlich das Wirken der
Mastkämpfer ist. Dem Kommen der „Standfeste“ werden die
lojalität und gewerkschaftlich gehaltenen „Mastfeste“ mit Ruhe
entgegen; sie werden sich weder provozieren lassen,
noch werden sie die Störung unserer Veranstal-
tungen dulden. Kommunistische Propaganda werden sich
aber nicht wundern dürfen, wenn sie gebührend empfangen wer-
den.

Die Sozialdemokratie ist kampfbewußt und Hart ge-
nug, die Arbeiterchaft gegen von rechts und links zu verteidigen.
Ob sie in der Regierung ist oder in der Opposition, immer wird
sie der Geschloßtheit der Hand- und Kopfarbeiterchaft sicher sein.
Je größer die Anstrengungen unserer Gegner, umso geschloßter
werden wir im Angriff stehen. Der 1. Mai ist ein Tag der
Sammlung und ein Tag der Propaganda für unsere
Idee. Wir leben und streben für den Sozialismus. Deshalb

Hebt unsere Fahnen in den Wind!

Wortwärts, zu neuen Kampfen!

Der Bezirksvorstand

Magdeburg-Anhalt der Sozialdemokr. Partei.

J. A. G. Ulfert

Kreis Wernigerode.

Beckenstedt, 26. April. Parteiverammlung. Am Frei-
tag fand beim Gastwirt Springer eine Versammlung der Partei
statt, an der auch Genosse Schütte-Halberstadt teilnahm.
Zuerst diskutierte man über die Ausrufung eines hier zu Besuch
weilenden deutschen Herrn, der gelangt hatte: „Die Arbeiterlosen
müssen durch die Wirtschaftsmaschinen gedeckt und den Hoffnungen
gefüllt oder auf ein Schiff geladen und vertriebt werden, denn wären
wir sie los.“ Infolge der Rede nahmen gegen diese Bezeich-
nung scharf Stellung und machten öffentlich bekannt, daß in der
Versammlung über diese Bezeichnung der Arbeiterlosen gesprochen
werden würde. Das hatte zur Folge, daß sich der geschwähigste
Herr beim Parteivorstand einfinden und in der Versammlung öffent-
lich die Bezeichnungen zurücknehmen. Am wurde aber noch manche
scharfe Bezeichnung zugehört. Dann sprach Genosse Schütte über die
letzte politische Lage. Am Schluß der Versammlung konnten 16
neue Mitglieder aufgenommen werden, so daß sich die Zahl der
Mitglieder unserer hiesigen Gruppe auf 80 erhöht hat.

Schließen. Die hohe Zahl der Erwerbslosen sei darauf zurückzuführen,
daß die Industriebetriebe ihre Pforten schließen mußten, weil sie die
hohen Sozialkosten (!) nicht tragen konnten. Die Sozialgesetzgebung
überhaupt habe es dem Bädermeister Dreyang ermöglicht. Sie ist an
allem schuld. Dazu brauchen wir eine amicale Arbeitsvermittlung,
wozu eine Arbeitslosenversicherung, möge Krankenversicherung? Hier,
so meinte er, könnte tüchtig abgespart werden, und das bessere Deutsch-
land wäre da. Man müsse die ganze Gesetzgebung der letzten zehn
Jahre gründlich revidieren und alle diejenigen in die Wüste schicken,
die nach 1918 Beamte geworden wären. Auch die Gemeinden müßten
parlamentarisch wirtschaften; ihre Verordnungen sollten nicht ohne
Einbehalten. Besonders bitter war es für den Redner, daß das
Arbeitslosenversicherungsgesetz einer bürgerlichen Regierung
beschloßen worden ist. Nach weiteren Sitzungs-Besprechungen durch Politik
und Wirtschaft befragt er dann einen laienhaften Begleitern, um gegen
Konsumvereine und Warenhäuser zu wettern und die Haltung der
Mittelständler bei den letzten Reichstagsberatungen zu begründen.
Man hätte sich nicht zu Neuwahlen entschließen können und so habe
man die Regierung Brünning gestiftet und erwarre nun von ihr eine
Politik zur Geländung der deutschen Wirtschaft, in dem der Staat
seine Einmischung in wirtschaftliche Dinge unterlasse und von der
Unterstützung der Gemeinwirtschaft abstehe.

Schluß. Das ging nun kurz auf die Halberstädter Staats-
handlungen ein und verurteilte die Zustimmung zur Erhöhung der
fälschlichen Tarife zu rechtfertigen für die Erhöhung der Kaufkraft
habe man nicht stimmen können; ihre Festsetzung werde nun von der
Aufsichtsbehörde erfolgen. Der Redner, der auch die Befreiung der
freien Berufe — Rechtsanwältinnen, Ärzte usw. — begrüßte, wandte sich
noch gegen die Bemerkungen der „Anliegens“ über die letzte Stadt-
verordnetenversammlung. Stadtv. Valentin nahm ebenfalls das Wort.
Er befragte sich darüber, daß er in der letzten Stadtvorstandes-
sitzung so übertrumpft worden wäre. Es hätte gleich die Wälschen-
burg unter allen Umständen eine Einheitsbewegung des Gutes zu
verbinden. Deshalb habe man ihn gestützt und habe ihn nahe-
gelegt, vorläufig nicht das Wort zu nehmen, so daß er die Entzüge
der Mittelständler nicht habe vortragen können. Er habe nämlich die
Schließung des Stadtheaters, die Abschaffung des Verkehrsamtes
und der Volkshochschule beantragen wollen.

Schließlich sprach noch Wg. Francois, der gegen den Youngplan
Stellung nahm.

Mai
1
Donnerstag
Arbeitsruhe ist die würdigste
Form der Maifeier.

Aus Halberstadt. Eine Mittelständler-Versammlung.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes veranstaltete am
Freitag im Stadtpark eine öffentliche Versammlung. Bädermeister
Dreyang, der Führer der Partei, hielt eine längere Rede, in der er
politische und wirtschaftliche Vorgänge und Verhältnisse kritisierte. Es
war eine ausgearbeitete Rede und Wälschenorden eines braven mit
der deutschen Grammatik auf dem Kriegsfuß stehenden Bäder-
meisters. Natürlich wetteuerte er gegen Kommunalisierung und So-
zialisierung, gegen Steuern und soziale Fürsorge. Er sprach von so-
zialistischer Wirtschaft und Sozialpolitik auf die Einführung der
Zwangswirtschaft, auf die Lebensmittelmittelwirtschaft und Wohnungs-
zwangswirtschaft. Wenn er aber selber feststellte, daß die Sozial-
demokraten in Deutschland nie die Mehrheit bei der Gesetzgebung ge-
habt hätten, so korrigierte er zwar den Vorwurf der Sozialisterei
der deutschen Grammatik auf dem Kriegsfuß stehenden Bäder-
meisters, aber die Sozialdemokraten sollten nach seiner Mei-
nung daran schuld sein, daß es dem Mittelstand so schlecht gehe. Er
sagte, die ganze Gesetzgebung der letzten zehn Jahre hätte sich gegen
den Mittelstand gerichtet. Dabei hätten die Kapitalisten aller Schat-
tungen es meistertätig verhindert, mit dem Sozialisten Frieden zu

Palästina. Zusammengeteilt vom Patentbüro Johannes
Koch, Berlin RD. 18, Große Frankfurter-Straße 59. Felix Wilfried
Friedrich, Wernigerode, Friedrichstraße 10. Eilt zur Schallauslei-
hung. Angenehmes Patent. — Gebirgler Koch, Queisburg. Drei-
teileriger Bindendehnder. Gebrauchsmuster. — Paul Wegener, Bal-
tenstedt. Barofennprometer mit Binnetalfeber. Gebrauchsmuster.
— Adler Binnetfabrik G. m. b. H., Bad Lauterberg, Harz. Haar-
pinselmaschinen mit Gefäßschneidende. Gebrauchsmuster.
— Eisenhüttenwerk Thale A. G. Thale, Harz. Verschleiß für Säher und
andere Behälter. Gebrauchsmuster.

* Sidamerfabrik des Luftschiffes „Graf Zeppelin“. Das Luft-
schiff „Graf Zeppelin“ tritt zwischen dem 10. und 15. Mai von
Freiburg (Schweiz) aus eine Südamerikafahrt an, die über Spanien nach Rio de Janeiro und Pernambuco führt; bei
nünftigem Wetter werden auch die Kanarischen Inseln überflogen.
Zwischenlandungen und Postauslauf sind in Sevilla, Rio de Janeiro
und Pernambuco, Postabwurf über Santa Cruz de Tenerife
(Kanarische Inseln) und Bahia vorgesehen. Von Pernambuco aus
führt die Fahrt voraussichtlich weiter über Habana nach Valesjural
und über Sevilla zurück nach Freiburg (Schweiz). In den genannten
Länderlandungen können gewöhnliche Briefe und Postkarten aufgegeben
werden, das Gewicht der Briefe darf 20 g nicht übersteigen. Die
Sendungen müssen in der Luftschiff einer Leitern tragen, z. B.
„Mit Luftschiff Graf Zeppelin bis Rio de Janeiro“ oder „Mit Luft-
schiff Graf Zeppelin bis Habana (Kuba)“. Ueber die Höhe der Ge-
bühren, die je nach der Entfernung 1—12 M befragen, geben die
Postämter Auskunft.

* Auf dem Bahnhof tödlich verunglückt. Gestern gegen 23 Uhr
wurde der Schaffner Otto Kurzman beim Übersteigen eines
Waggons von einer zurückstehenden Rangierlokomotive erfaßt und auf
der Stelle getötet.

* Ein herrenloses Fabrikat. Bei der Kriminalpolizei wurde
ein herrenloses aufgefundenes, älteres, schwarzgezeichnetes Fahrrad
untergebracht. Der Eigentümer wird erfaßt, sich dort zu melden.

* Festgenommen wurden ein 23- und ein 27jähriger Mann, die
im dringenden Verdachte stehen, bei einem Landwirt in Hebern
einen Geldbrieffahndung ausgeübt zu haben.

Ein jugendlicher Abenteuer.

Klaus hat Jule, eine Bäckerlehrling aus dem neuen Bunde...

Ein Direktor wegen Unterlagung vor Gericht.

Tanne (Fort). Der ehemalige Leiter der Tanne Süte, Direktor Böger...

Lagung des Mitteldeutschen Handwerkersbundes.

Magdeburg. Der Landesverband Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkersbundes...

Ein politischer Beilegungsprozeß.

Magdeburg. Am Freitag vormittag in Magdeburg (Bezirk Magdeburg) fand am Freitag vormittag ein Beilegungsprozeß...

Motordiebstahl.

Stendal. Der im Stendaler Stadttheater-Direktor befähigte Musiker August Bruhn...

Selbstmordverbot der Rindsmörderin.

Dommitzsch. Die Frau des Maurers Liebmann von hier, die am Ostermontag ihre beiden Kinder zu ertränken versuchte...

Zigeunerjagd.

Winkigerode. Mitglieder eines hier lagernden Zigeunerstammes greifen in einer Wirtshausknecht in Stral, der bald darauf in eine wilde Schlägerei ausartete...

Schwerer Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Sangerhausen. In der Öffentlichkeit zum Goldenen Jahre, in der die Ortsgruppe Sangerhausen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine politische Versammlung abhielt...

pölig gerichtlich. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Miederholte nächtliche Einbrüche in Förderstedt.

Förderstedt. Bereits vor einigen Tagen ereigneten sich nächtliche Einbrüche bei einem Buchdruckerbetrieb...

Im Stiel erlagten.

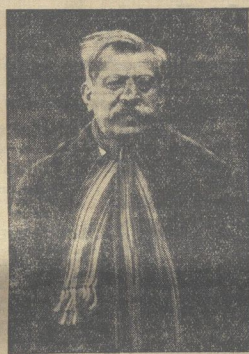
Deßau. Die Leiche des vor einigen Tagen verstorbenen Landwirts Hermann in Rochitz wurde von der Staatsanwaltschaft befragt...

Der betrübliche „Generaldirektor“.

Halle. Der in Halle verhaftete Gehilfenführer der Reichswehr hat im Jahre 1923 außer dem Heimstättenbau noch ein anderes Schicksal erlitten...

Besuch bei Magnus Hirschfeld.

Der berühmte Gelehrte über sein neues großes Werk.



Das Haus am Berliner Tiergarten, das bekannte Institut für Sexualwissenschaft, unterhebt sich äußerlich in seiner vornehmen Umfriederung kaum von den übrigen großdenkmalartigen Villen...

Sie alle waren schließlich und geduldig, bis ich von Zeit zu Zeit ein Türflügel öffnete und die kaum mittelgroße und doch so markante Gestalt des Gelehrten zeigte...

„Also“ beginnt er, „Sie sind gekommen, um von mir über meine neuen großen Werk, die Sexualwissenschaft, zu hören...“

Table with prices for various goods like eggs, butter, and meat. Columns include item name, quantity, and price.

Partei-Gesinnungen und -G. Blatt

Partei-Gesinnungen und -G. Blatt

Sodalen aus dem Schilfgraben, Gedächtnis für einen jenseitigen Inhalt und schließlich auch plastische Darstellungen...

Seine umfangreichen Verbindungen mit ersten Wissenschaftlern und Künstlern des In- und Auslandes maden es mir möglich, sehr rasch einen ansehnlichen Etat von Mitarbeitern zu gewinnen...

Ich habe mich schließlich um die objektive Wahrheit bemüht und in allen Fällen, die am dem großen Jenseitigen betreffen, nur Menschen in ihrer besten Regung und kulturellen Not...

Die Klaren, von innerer Überzeugung getragenen Sätze des Gelehrten klingen noch im Raume nach, und ich sehe ihm die innere Offenheit an, die er durch ein paar tiefe Atemzüge zurückdrängen scheint...

Magnus Hirschfeld verfolgt interessiert, welchen Eindruck diese Dinge auf mich machen. Er merkt meine Verwirrung, ein entsetztes, erregtes Stöhnen...

Am Ende des Besuchs verläßt mich der Gedanke, daß ich in diesem Werk mit besonderem Eifer und großer Begeisterung gearbeitet habe...

Wunderhauftung und Willen

Gespens der Oktoberernacht.

Es war Nacht. — Der Oktoberernacht jagte mit langen, heulenden Stößen durch den Wald und sich die letzten Blätter von den Bäumen, die sie dann auf den nassen Erdboden hinzuschleudern. Die Wälder stürmten am Himmel, und der Mond, der im Sommer so mild und hell schien, war nun manchmal durch eine Wolkendecke ein trübes Licht, das jedoch gleich wieder von der roten Schwärze der Finsternis verschluckt wurde. Die Stimme die ihre trüben Töne gegen den Himmel redeten, waren vom Sturm hin und her geschüttelt und schienen wie schreckhafte Wesen bizarre und gespenstische Töne aufzulassen. Manchmal prasselte ein Regenpfad herunter — kurz, es war eine Nacht, in der man keinen Hund ins Freie jagen würde.

Pierre Ribaud ging mit eiligen Schritten den schmalen Fußweg durch den Wald entlang. Er hatte heute seine Stelle bei dem Bauern, bei dem er schon mehrere Jahre als Anstich gedient hatte, aufgegeben und wollte nun in das gut anderthalb Meilen entfernte Nachbarn, wo er sich beim größten Hofbesitzer rechnete auf. — Sie hatten im Herbst sich geteilt, aber die Bewirtschaftung von dort war in dem Umkreise schon längst verlassen. In der rechten Hand hielt Pierre einen dicken Stiel, in der linken trug er ein Bündel mit Wäsche und Kleidern. Zwei Tage er war sich hin geschritten und gelangte; jetzt war er schon längst heim gekommen und schritt nur eilig durch den Wald.

Ihm war unheimlich zumute. Er war durchaus nicht furchtsam. Zur dem Lande groß geworden, kannte er hier in der Umgegend jeden Baum und Strauch — aber trotzdem war ihm in dieser Nacht nicht wohl. Der hiesig so freundliche und vertraute Wald schien ein völlig anderer geworden zu sein; wie eine drohende, unheimliche Masse schien er von allen Seiten auf ihn einzudringen. Die Bäume streckten langsam getrümmte Arme wie greifend nach dem zwischen ihnen sich freibewegenden Menschen aus. Die schwarzen, dicken Stämme standen wie lauernde Ungeheuer dicht am Wege, bereit, über den Pfad zu springen. Vom Boden stieg der Geruch des faulenden Laubes scharf und beißend in die Lunge; es roch nach Fiedelholz und Serovalung — der Wind heulte und ließ die schwächeren Bäume sich hin und her neigen, und über das alles ergoß sich der rosenfarbene Wald wie eine unendlich mächtige, alles verflüchtende finstere Masse.

Den Anstich Pierre Ribaud kränzte. Er jag die Schultern hoch und schritt noch schneller normwärts. Es hatte etwas Unheimliches über diesen Boden zu gehen. Die Blätter, die in einer dicken Schicht den Weg bedeckten, verschluckten das Geräusch des Schreitens und gaben bei jedem Schritte federnd nach. Pierre Ribaud mußte daran denken, wie er als kleiner Junge beim Schieferhüten einmal auf Moor getreten und beinahe darin umgelommen war. Da hatte der Boden auch immer so weich und so merklich dumpf nachgegeben. Er schüttelte sich. Die Räte und die Fänge krochen ihm langsam und säubend das Rückgrat heraus. Er rief sich mit Gewalt zusammen und schüttelte ein munteres Lied an. Aber die Worte kamen als Röcheln heraus, und bald hörte er wieder auf.

Warum fiel ihm jetzt nur das Spottlied ein, das sie als Jungen immer gesungen hatten, wenn sie hinter dem alten, halbtauben Carbonne hergelaufen waren.

Carbonne, he he, Carbonne
Reitet durch die finst're Nacht
Mit des wilden Jägers Jagd.

Reitet auf dem weissen Roß
In dem wilden Hölleloch
Bürste hände, Kopf in Arm
In die Hölle, Gott erbarm —
He he he — Carbonne abel —

So lange hatten sie das gesungen, bis sich der Aste dann eines Tages tatsächlich im Walde ergabte hatte. Und gleich an dieser Stelle sang und klanglos verstorben worden war.

Vielleicht schauderte. Er drängte den Gedanken gewaltsam von sich weg, aber immer wieder prangte die Weiss des Spottliedes in seine Sinne. Blüßlich jagte ihm ein neuer schreckhafter Gedanke die Räte ins Blut. Gleich mußte er ja am Grabe des Selbstmörders vorbeikommen. Er horchte einen Augenblick. Sollte er umfahren? — Doch dann zwang er sich zum Weitergehen. Die Augen flitzten nach vorn gerichtet, die Zähne zusammengegrampft schritt er normwärts.

Der Sturm nahm zu und heulte in wilden Stößen durch den Wald. Jetzt war Pierre Ribaud an der Stelle, wo links unter der großen Eiche der niedrige Grabhügel des Selbstmörders war. Er wollte weiter, aber eine unheimliche Macht zwang ihn, nach links zu gehen. Und da — da starrten zwei glühende Augen vom Grabe her ihm entgegen! —

Der Mann hüßte, wie ihm alles Blut ins Herz schoß und das Hirn als eisalter, toter Klotz in seinem Kopfe lag. Er taumelte in die Räte, ließ Stiel und Bündel fallen, würgte ein paar mal verzweifelt nach Luft, sprang dann mit einem entsetzlichen, hemmungslosen Aufschrei normwärts, um dann halb wahnsinnig vor Angst den Weg entlangzujähren.

Der heulende Wind jedoch, der, an das Grab geschmiegt, beim Vorüberkommen des Mannes einen Augenblick gestillt hatte, machte bei dem Schrei eine schnelle Wendung und war mit ein paar langen Sprüngen im Walde verschwunden. —

Am anderen Tage fanden Leute den besinnungslosen Pierre Ribaud. Sein Haar war schneeweiß geworden, und er hat seit jener Nacht nie wieder vernünftig denken können. Die Gemeinde gibt ihm das Grabdenkmal, und im Sommer sät er den ganzen Tag in der Sonne und spielt, selbst ein Kind, mit den Kindern. Zur um im Oktober die Stürme über das Land brauen, scheint eine seltsame Unruhe über ihn zu kommen — und wenn eine der finsternen, mond-

Archäologe Le Coq gestorben.



Prof. Dr. Albert von Le Coq.

Der bekannte Archäologe und Entdecker Nikolaus, ist im 70. Lebensjahre gestorben. Er lebte 1905 die preussische Turfan-Expedition, deren wertvolle Ausbeute sich im Besitz des Völkerkundemuseums in Berlin befindet. 1923 wurde Le Coq Direktor am Völkerkundemuseum, mußte aber schon zwei Jahre später, wegen Erkrankung der Altersgrenze, von diesem Posten scheiden. Sein Nachfolger wurde Gensse Heinrich Gurov.

losen Nächste ist, hört man ihn manchmal mit trübseliger Stimme in seiner Kammer singen:

Carbonne, he he, Carbonne
Reitet durch die finst're Nacht,
Mit des wilden Jägers Jagd — — —
He he he, Carbonne, abel!

Walter Schirmeier.

Eine Luftnacht für zehn Millionen.

Unter den Dollarspargezwungen in „Gottes eigenem Land“, wie die Amerikaner in ständiger Befriedenheit die Vereinigten Staaten nennen, ist J. P. Morgan ein der besten Kannen. Und da Reichtum nicht nur vererbt, sondern auch durch Arbeit, so hat dieser Dollarsammler sich entschlossen, etwas für seine Gesundheit zu tun. Er wird Wasserpost treiben. Freilich gestattet ihm seine durch unentwegtes Geldverdienen überanstrengte Unterarmmuskulatur zu seinem größten Leidwesen nicht die Ausübung des Wassersports. Deshalb hat er es vorgezogen, die Ausübung des Wassersports zu lassen, eine niedliche kleine Luftnacht, die sich von allen übrigen Nachen der Welt nur eben dadurch unterscheidet, daß sie die größte und, was eigentlich nicht besonders betont zu werden braucht, die teuerste ist.

J. P. Morgan ist zweifellos ein sehr friedliebender Mensch, denn für die zehn Millionen Goldmark, die er für den Bau der Luftnacht auszugeben hat, hätte er schon ein ganz hübsches Bonjour zur Ausübung der Seereise haben können. Das hätte auch besser zu dem Namen des Schiffes gepaßt — er heißt nämlich „Koriar“, wie die Nacht seines Vaters, und unter Korieren verstand man die ebrenierten Vertreter des Seereisereisenden. J. P. Morgan hat das allerdings nicht mehr nötig. Seine Raubzüge befrachten sich auf die Börse, und ihr Gewinn reicht schon aus, um ihn notwendig zu ernähren. Daß für die Nacht die vollständigen Beschäftigten nennend werden, ist selbstverständlich, denn sonst wäre die Erholung in unvollständiger.

Es ist zu hoffen, daß J. P. Morgan auf seinem Vergnügungstour die nötige Entlastung von der überflüssigen Arbeit finden wird — jedenfalls sind für das Fahrzeug ledig Mann Bedienung vorzuziehen, jedoch ihr Befehl kann in die peinliche Lage verlegt werden dürfte, einmal selbst mit Hand anlegen zu müssen. Die Unbeglückten werden sich nur herkömmliche Wörter an dem Reife stehen: ein Arbeiter — Arbeiter neigen bekanntlich immer zu gedankenloser Verleumdung — belästigt seinen Eiert, wenn er sich für hundert Mark ein Boddenkost lauf, prozentual viel höher, als Herr Morgan es mit seinem „Koriar“ tut. Jeder gerät Denn wird daraus errechnen können, mit welcher Gemütsheiligkeit Milliarden den beglückten unteren Klassen in der Sparlament vorzulegen.

Curt Bising.

Wissen Sie schon?

Die Luftnacht, die ein erwachsener Mensch täglich ein- und ausatmet, wiegt etwas über 15 kg oder ungefähr fast so viel wie die flüssige und feste Nahrung, die er in der gleichen Zeit braucht.

Das Gehirn des Mannes wiegt im Durchschnitt 140 Gramm mehr als das der Frau.

Die längste Zeit, die ein Mensch ohne Wasser leben kann, ist eine Woche.

Ein einziger Bananenbaum kann unter Umständen einem ganzen Regiment von 1000 Mann Speis und Speiten geben.

Der harpign-Alder in Brasilien ernährt sich ausschließlich von der Jagd auf Affen.

Das ausgebreitetste Festmahl, das jemals stattgefunden hat, war ein chinesisches Bankett, das nicht weniger als 70 Stunden dauerte.

Der Geizhals.

Roman von Robert Miß.

Copyright by Martin Feuchtwanger. Halle (Saale).

16. Fortsetzung. Stadtrath verboten.
„Berühme dich“, sagte sie lächelnd, „es ist die größte Sünde, die wir drüben haben; ein altes, bewährtes Sprichwort!“
„Ich an deiner Stelle würde mein Geld allmählich von drüben herausziehen und hier anlegen. Zur die weite Entfernung kannst du dem Steigen und Fallen der Papiere gar nicht folgen.“
„Ich pflegere nicht. Meine Papiere fallen aus nicht; es sind sichere Rentenerträge.“
„Aber ich kann mir gar nicht denken, das du das alles verstreust. Eine Frau wird so leicht betrogen. Wenn du mit Vertrauen schenkt, will ich das gern abnehmen und dir hier einen viel größeren Nutzen herausbringen.“
Frau Charlotte hörte ihn schweigend an, bis er selbst zu reden aufbrach. Eine kleine, etwas peinliche Pause entstand, die er durch ein leises Räuspfern ausfüllte.
„Nun, was meinst du zu meinem Vorschlag?“
„Mein lieber Emil — ein für allemal: ich kümmer mich nicht um deine Geschäfte und dein Vermögen. Kümmer du dich nicht um das meine! Wir wollen es lassen, wie es ist.“
Und damit stand sie auf, um sich zu ihrer gewohnten Stiege zurückzugeben.
Der erste Angriff war glänzend zurückgeschlagen. Immerhin hatte Karlsten erfahren, daß das Vermögen in solchen Werken sicher angelegt war — und das war ein beruhigender Gedanke für ihn.
Wenn der Rentier anfangs geblüht hatte, daß sich die Schwägerin mit der Umwidmung des Rückensdepartements begnügen und sich die Hälfte auch nur im ersten Etage darum bestimmen würde, so daß nach einiger Zeit alles wieder seinen alten Gang gehen könnte, so hielt dieser hohe Wahrs nicht lange vor.
In d. Villa Karlsten tauchte allmählich Bedürfnisse auf und gingen Veränderungen vor sich, die man früher dort nicht konnte und mit Wohlthaten abgewiesen hätte. Mit einem Stuhl hing es an. Und das kam so:
„Habt ihr denn keine Schaufelstühle hier im Hause?“ fragte schon wenige Tage nach ihrer Ankunft Frau Charlotte.

Karlsten war schon im Begriff, etwas von „Hauengerium und verweilenden Anzug“ zu erwidern, als seine Schwägerin ihm diese Worte anschnitt, die sie noch ausgeprochen werden konnten. In ihrer ruhigen, spöttischen Art ließ sie fort:
„Drüben bei uns hat das nämlich die ärmste Arbeiterfamilie so gut wie ein Bett oder ein Sofa. — Uebrigens bin ich so daran gewöhnt, daß ich ohne Schaufelstuhl gar nicht existieren kann.“
Und da sich Herr Karlsten noch immer nicht entschließen konnte, ihr ein solches Zugemittel anzubieten, fügte sie mit einem trostlichen Lächeln hinzu:
„Schaufelstühle will ich dir keine unnützen Ausgaben verursachen. Ich werde ihn mir natürlich auf eigene Kosten anschaffen.“
Was blieb Herrn Karlsten nun übrig, als die Anerbieten abzulehnen und den ungeheuren Kauf eines Schaufelstuhles zuzulassen. Schließlich: ein Schaufelstuhl kostete ja kein Vermögen und ersparte ihm wohl manche andere Ausgabe. Er hatte schon oft gehört und gelesen, daß die amerikanischen Damen hundentlang in ihrem Schaufelstuhl saßen, Romane lasen und dazu Süßigkeiten naschten. Wenn sie das alles hätte, würde die Schwägerin hoffentlich befriedigt sein und sich um nichts weiter kümmern.
„Ich werde dir den Stuhl noch heute besorgen“, sagte er, süßsauer lächelnd.
„Ich werde ihn mir doch lieber selbst anschaffen“, meinte Frau Charlotte leichthin. „Ich bin an eine ganz bestimmte Art gewöhnt.“
Am Nachmittag desselben Tages erschien ein Handwerker vor der Villa, von dem der Rentier nicht nur einen, sondern gleich drei sehr elegante und praktische Schaufelstühle abgab und dem erstaunten Karlsten auch gleich die Rechnung präsentierte.
Der Rentier war sprachlos. Ehe er jedoch die Sprache wieder fand, sagte seine Schwägerin mit dem lebenswürdigsten Lächeln, das ihr zur Verfügung stand:
„Ich habe gleich noch zwei dazu gekauft, da sie wirklich hübsch und billig sind. Du und die Mädchen, ihr werdet mir ja endlich recht oft Gesellschaft leisten! — Es ist sich nirgends angenehmer als auf demner Terrasse und in deinem Garten, wenn erst noch einige kleine Änderungen getroffen sind, die ich für nötig halte.“
Und da Herr Karlsten noch immer mit hilflosen Stöhnen stand, bald die Stühle und bald die Rechnung anstarrte, ließ sie fort:
„Sollte es dir übrigens zu viel sein, so nehme ich die beiden anderen Stühle auf eigene Rechnung. Besorge sie nur vorläufig!“

Karlsten behagte. Ueber die angebotenen Veränderungen ließ sich Frau Charlotte sehr bald aus. Da siehete vor allen Dingen eine Martille, ein Sommerbad über der Terrasse, „auf der sie sich anzuweisen ließ.“ Mit Zustimmung, aber keinen Widerstand mangelnd, ließ Karlsten das keine Dage anfertigen.
Allmählich wurde auch der Garten nach den Wünschen der Tante umgestaltet. Lag ihr Tag und Woche für Woche gab es etwas Neues. Ein Metz-Därner, sonst etwas ganz Unbekanntes und Unheerliches in der Villa, da der Rentier mit dem Seinen bisher alles allein besorgt hatte, tauchte auf und verordnete mit seinen Leuten einen großen Teil des Gemütsgartens in einen Biergarten mit Blumenrabatten und Rosenpflanz. Sogar ein Tennisplatz wurde angelegt, wo früher Grünhof wuchs.
Als alles fertig war und Karlsten nun endlich Ruhe zu haben glaubte, fand Frau Charlotte, daß ein kleiner Springbrunnen zur Belebung des Gartens unbedingt nötig sei. Von ihrer Villa drüben in San Francisco sei sie an den plötzlichen Wallerfall gewöhnt. Nur ungern entzählte sie ihre Gemütsarten. Darauf eine leise Anbahnung, daß sie sich „auf die Dauer“ — dies betonte sie ganz besonders — nur da recht wohl fühlen könne, wo man die feinsten langjährigen Gemütsarten entgegensehe.
Uebrigens: Entzählungen wolle sie ihm nicht verursachen, wenigstens selbst sehr gern zu denselben beistehen; worauf sich Herr Karlsten bald mit äußerster Freundlichkeit und innerem Grimm beugte, daß die Anerbieten abzulehnen.
Schließlich würde er es niemals dulden, daß sein Geld die Kosten der Verbesserung seines Gartens trüge; und damit ließ sich schließlich wolle er alles tun, um ihr den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen, damit sie sich „da u e r n“ unter jedem Dach wohlfühlen könne.
So schwer auch dem Befizier der Villa Karlsten diese „unnötigen und verschwenderischen“ Ausgaben fielen, so tröstete er sich mit dem Gedanken, daß es nur einmalige Kosten seien. Einmal würde die Villa doch endlich seiner Schwägerin gefallen!
Aber es fand sich immer wieder etwas, was er nicht zuließe. Allmählich gestaltete sie auch die Wohnräume um. Es wurden Möbel frisch aufgeputzt und bezogen, andere neu angeschafft, Teppiche tapisiert, Leppiche und Zugsegenstände gekauft, die Herrn Karlsten von einer unehrlichen Braut dünkten, während Frau Charlotte immer besauperte, einleuchtend könne man kaum wohnen.
„Wogu das alles?“ fragte sich Herr Karlsten; und diese Frage legte er auch eines Tages seiner Schwägerin vor.

Aus Osterwick.

om Mann ist Milch als verdorben anzusehen? An Osterwick vermalte Frau M. eine Molke; es war M. R. zur Zeit gelegt worden, gegen §§. 4, 13 des Lebensmittelgesetzes vom 5. Juni 1927 verstoßen zu haben, wonach Stroh vermischt, verdorbenes Lebensmittel selbst, verkauft oder in den Verkehr bringt. Bei einer Milchbänderin K. in Scheußlich war ebenfalls Milch entnommen und zum Nahrungsmittel in Verkauf, untersucht. Der Sachverständige Dr. Z. erklärte, die Milch für erheblich durch Küstler verunreinigt; 150 Kubikzentimeter Milch hätten bereits nach einer Viertelstunde einen erheblichen Bodensatz Schmutz aufgewiesen, ferner aber hätte sich eine beträchtliche Menge des Kuhfäses in der Milch gelöst. Das verdorbene Publikum ist alsbald bei derartiger Milch in der Lage gewesen, den Schmutz in der Milch zu erkennen. Solche Milch sei eiterförmig, verdorben und zum Genuß für Menschen nicht geeignet. Ein Finkstich auf dieses Gutachten veranlaßte das Amtsgericht in Osterwick auf dieses Gutachten eine Beschlusse und bestimmte, daß die Milch der Milchbänderin K. in Scheußlich aus der Molke stamme, welche von Frau M. R. vermalte werde, so sei letztere als Molkeverwalterin für die schmutzige und verdorbene Beschaffenheit der Milch verantwortlich, ferner auch die Molkeverwalterin nicht vorläufig gebandelt, so falls ihr doch Fahrlässigkeit zur Last, indem sie derartig verunreinigte und verdorbene Milch an Milchbänderin wie Frau K. in Scheußlich vermalte habe. Diese Entscheidung ist Frau M. R. durch den Finkstich beim Kammergericht an und stellte dieses Verfahren in Abrede; die Einrichtungen der von ihr vermalten Molke seien behördlich wiederholt befragt und geprüft worden; ohne daß von irgend einer Seite die Einrichtungen der Molke beanstandet worden seien. Der 1. Strafrichter des Kammergerichts wies aber die Revision der angelegten Molkeverwalterin als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Sorenschuldung sei ohne Nachforschung ergegangen; die tatsächliche Feststellung und die Verantwortung in der Revisioninstanz nicht nachprüfen. Bedeutend sei von dem Amtsgericht festgestellt worden, daß die Milch aus der fraglichen Molke derart verunreinigt gewesen sei, daß sie als ein verdorbenes Lebensmittel angesehen werden müsse, welches nach den Vorschriften des Lebensmittelgesetzes weder verkauft noch in den Verkehr gebracht werden dürfe. Schon nach einem Sieben von einer Viertelstunde hätten sich von einer Milchmenge von 150 Kubikzentimetern erhebliche Rückstände am Boden der in Betracht kommenden Gefäße gebildet, welche sich nicht als unbedeutende Menge des Schmutzes in der Milch gelöst. Nach der behördlichen Feststellung des Amtsgerichts sei die Milch nicht in dem Geschäft der Milchbänderin K. verunreinigt, sondern aus der von der Angelegten vermalten Molke der Frau M. in einem Zustande geliefert worden, welcher nicht für den menschlichen Gebrauch geeignet gewesen sei. Die Annahme, daß die Angelegte fahrlässig gehandelt habe, unterliege keinerlei Bedenken. Die Angelegte als Verwalterin der Molke habe die Vorschriften treffend mitgeteilt, daß aus ihrer Molke keine derartig verunreinigte und verdorbene Milch in den Verkehr gelangen konnte. (Mittwoch: 1. S. 11. 30.)

om. Einführung der Schulneigung. Am Mittwoch, den 23. April, erfolgte die Einführung der in diesem Jahre neu aufzunehmenden 102 ABC-Schüler. Konrektor Wulst führte die Kinder ihren Lehrern zu. In seiner Ansprache bat er, die Eltern möglichen Schule und Lehrpersonen Vertrauen entgegen bringen; nicht mehr der Staat regiere, sondern gegenseitiges Vertrauen. Am Anschluß an die Einführung brachte Konrektor Wulst eine Rede über die Bedeutung der Schulpflicht für die Bürger der Stadt Osterwick und über die Bedeutung der Schulpflicht für die Eltern. Er dankte für die Teilnahme der Eltern an der Einführung der Schulpflicht und überreichte jeder Mutter ein Sparlooschen der Schulpartei der Stadt Osterwick über je 2.— RM. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß die gegenwärtige Einführung der Schulpflicht nicht etwa als Befreiung der Kinder gedacht sei. Es kommt hierbei keineswegs auf die Höhe der Sparlooschen, sondern vielmehr auf den erheblichen Wert an. Ertrüßlich sei der bisherige Erfolg. Am 1. Januar d. Js. waren bereits 584 Schüler und Schülerinnen in der Schulpflicht. Die durchschnittliche Schulzeit auf ein Kind betrage 33,93 RM. Schon manchmal Betrag zu den Kosten der Konfirmation oder zur Ausstattung beim Eintritt in eine Berufswelt konnte dabei zur Ausschüttung kommen und so den Eltern manche Sorge nehmen.

Aus Schwanebeck.

Parteien und Gewerkschaften, rüffelt zur Arbeiter! Soll sie auch in anbetend der schändlichen wirtschaftlichen Lage schlicht gehalten werden? So muß sie doch demokratisch eine wichtige Grundlegung werden für die bereits erlangten und noch zu erlangenden Rechte der Arbeiterschaft. Vorgelesen ist folgendes Programm: 15.30 Uhr Sammeln am Gewerkschaftshaus, 16 Uhr Umzug durch die

„Mein Gott! Ich fühle das Bedürfnis, eine scheinbare Umgebung zu haben ...“
„Mit meiner Zustimmung nicht!“
„Wer diesen Punkt war nicht gut mit ihm zu reden; darum ließ ihn Frau Charlotte als flüchtige Diplomatin für jetzt fallen, um sich auf das zunächst Erreichbare zu beschränken, der Zeit und der Gelegenheit alles weitere überlassen.“
„Woher sollte sie, die ganz unbekannt in Berlin war, jetzt auch Bekannte nehmen — noch dazu im Hochsommer, wo sich die Leute in der Bäder- und Sommerfrische befinden? Ohne Kattenbach wäre das nicht gut gehen; aber das hatte ja auch Zeit bis zum Winter.“
„Zunächst, wenn es eine andere große Rechnung zu bezahlen gab, ihmonte Herr Kattenbach, ob er nicht allseits ein lässiges Ende machen und die Schwägerin bitten solle, ihr jetzt anderswo aufzuschlagen. Aber er ihmonte nur stets einen Moment; Berechnung und Abwägen bestanden immer wieder die Oberhand, und feulend und lächelnd leierte er die Schritte seines Fräulein so fest verschlossenen Gedächtnis.“
„Nicht zum ersten Male in seinem Leben hatte er ein größeres Kapital riskiert, um einen entsprechenden Gewinn einzubehalten. Und hier war das angebotene Kapital im Verhältnis zum Gewinn gar nicht so groß, ein Risiko überhaupt nicht vorhanden. Höchstens bestand es darin, daß ihm die erdachte Schwägerin einmal davonliefe. Dann hätte er es ja in der Hand, sie durch Nachlässigkeit wieder zu verfishen.“
„Zu wiederholten Malen hatte sich bereits etwas Ähnliches zwischen ihnen abgepielt. Zum Fortlaufen war es freilich noch nicht gekommen. Frau Charlotte hatte ihm, wenn er sich gegen ihre Anordnungen auflehnen wollte, bloß damit gedroht; und er hatte sich dann immer wieder feulend gefügt.“
„Es war nicht mehr zu verkennen: „Lante“ Charlotte, wie sie die Bekannten und Bekannten mit dem Namen nannte, hatte sich allmählich der herrschaftlichen Bemächtigung und hielt sie mit eigener Fähigkeit und Energie fest. Wenn an nichts anderem, so konnte man es dann bemerken, daß in diesem Hause wieder gelacht, gescherzt und gelungen wurde.“
„Das konnte Kattenbach für den Tod nicht ausweichen, solche laute, ungenierte Frechheit. Jetzt hörte das bunte Geplätscher und Gequatsch, das allmählich den ganzen Tag nicht mehr auf. In allen Zimmern, auf den Treppen und Gängen und sogar im Gar-

Strassen der Stadt, angeschlossen freitete auf dem Markt und Kinderbelustigung. Abends findet im Gewerkschaftshaus ein Unterhaltungsabend statt, bestehend aus gelungenden, turnerischen und humoristischen Darbietungen und nachfolgendem Festball. Die Radymittagsveranstaltung ist frei. Für die Abendveranstaltung sind 30 Pf. Freisitzplatz vorgesehen.“

Die Musik- und Klauenfeste ist hierorts zum größten Teil erledigt. Nur die Breitstraßen vom Kreuzwinkel bis zur Bübingerstraße bildet noch einen Teil-Sperbezirk. Der übrige Teil der Stadt gilt als Beobachtungsgelände.

Aus Döbersleben.

o. Metallarbeiter. Heute Samstag, um 20 Uhr, findet im Stadtpart eine wichtige Vertrauensamnerung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringend notwendig.
o. Arbeiter-Wohlfahrt. Am kommenden Montagabend findet im Stadtpart unsere nächste Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Kreisheimatleiters Dr. Jante über Kinderkrankheiten und Tuberkulose. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Gäfte sind herzlich willkommen.

Aus Thale.

o. An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Gewerkschaftslogen und Gesellen! Der 1. Mai naht. Jeder von euch in diesem Jahre die sozialpolitischen Forderungen in den Vordergrund gestellt werden. Die Arbeitgeber haken zum Schlage aus gegen die Sozialversicherung. Auch gegen die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung richten sie ihre Angriffe. Sie wollen die Bestimmung ihrer Versicherungsbeiträge gänzlich zu demontrieren. Die massiven Demonstrationen für die Arbeiterschaft, die Ortsversammlung, Funktionärssitzung und Mitgliederversammlung haben einstimmig beschlossen, die Arbeiterschaft durchzuführen. Gewerkschaftslogen und Kollegen, demonstrieren am 1. Mai für den weiteren Ausbau der Sozialpolitik, sowie für alle anderen Forderungen der internationalen Arbeiterschaft. Es darf am 1. Mai kein Gewerkschaftsloge und keine Gewerkschaftsloggin zu Hause bleiben. Die Demonstration muß in diesem Jahre zu einer wichtigen Grundlegung werden. Kolleginnen und Kollegen, legt am 1. Mai die Arbeit rüber! Beteiligt Euch reiflos an den Demonstrationen der sozialdemokratischen Partei.

Aus Quedlinburg.

o. Arbeiterfreund. Am Montag, 18. Uhr, treffen mit uns in Quedlinburg (Döbersleben). Im 1930 Uhr gehen wir dann zum Gewerkschaftshaus zur Sprechstunde.
o. Ein Herkulesauftrag. Am Sonntagabend auf dem Klappstange. Ein sehr bekannte Hauswirt hatte wahrscheinlich mehrere Mieter herausgeschickt. Dieser versuchte nun auf alle mögliche Art und Weise, ins Haus zu gelangen. Der Hauswirt fällt den Unvorsichtigen nachgerade auf die Nerven.
o. In der Arbeiterzeitung ist in diesem Jahre auf eine breite Grundlage gestellt und vorerstig allem Anproben nach ein Erfolg unserer Arbeiterschaft zu werden. Das Programm sieht u. a. den traditionellen Wagenparade vor. Am 1. Mai um 10 Uhr im Turm findet bis 13 Uhr ein Konzert statt. Es wird der Jugend und der Erwachsenen unter Leitung der Sportvereine sollen die rechte Freude und Liebe am Erwerben der Natur veranschauligen. Bis 15 Uhr nachmittags werden mittels aus der Arbeiterradiobühne im Gewerkschaftshaus Konzerte. Abends 19.30 Uhr findet dann im großen Saale des Gewerkschaftshaus eine Kultur- und Feiertagsfeier statt, zu der die Gelangereine „Volkshor“ und „Typographia“, die „Sozialistische Arbeiterjugend“

der Arbeiter-Radfahrerverein ihre Mitwirkung zugesagt haben. Eine kurze Einprobe wird die Gewerkschaft beschließen. Während des dann folgenden Tages findet eine große Verlosung statt. Die Mitarbeiter-Verlosungen können jetzt schon bei allen Parteien und Gewerkschaftsfunktionären bezogen werden. Am uns liegt es nun, unseren Festtag zu zu geben, wie wir es wünschen. Die Arbeiterzeitung hat eine große Kundgebung gegen die Feinde der Arbeiterschaft sein, sie muß unseren fahrenden Raris zeigen, daß die Arbeiterzeitung Quedlinburg trotz der persönlichen Angriffe festgelegt ist, dem Kampf, der Freiheit, der Demokratie und nicht der Diktatur, entgegen.
o. SPD-Fraktionssitzung. Am Montag, um 20 Uhr, findet im Rathaus eine wichtige Sitzung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenversammlung statt, zu der auch die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder zu erscheinen haben.
o. Volkshor. Morgen Sonntag, 19.30 Uhr, Fortanführung, um 20 Uhr Verlosung. Die Gesangsvereine und -Brüder werden gebeten, vollständig zu erscheinen. Die Lebensstunden beginnen wieder am Dienstag.
o. SPD-Vorstand. Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, wichtige Fortanführung.

Kreis Quedlinburg.

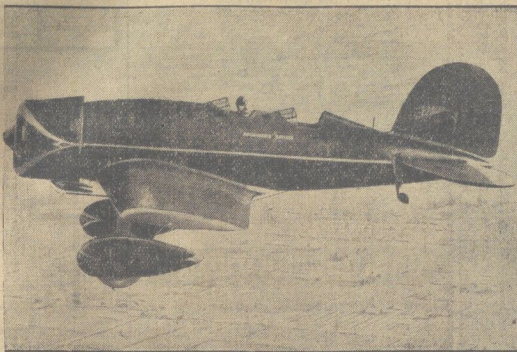
Wettershausen, 26. April. S. P. D. Am Sonntag, den 27. April, findet um 16 Uhr eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Beteiligter Erscheinung ist Pflicht jedes Mitglieds.
Gatersleben, 28. April. S. P. D. Am Sonntag, den 28. April, findet eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Beteiligter Erscheinung ist Pflicht jedes Mitglieds.
o. Die Blasse Kapelle aus Guderode. Neben verschiedenen Chorliedern, die wie immer, gut zu Gehör gebracht wurden und hübschen Besatz enthielt, führte der Verein eine lustige Quartett-Probierprobe und ein Duett „Der Filmmutter“ auf. Die Spieler bewiesen wieder ihre gute Können, und die Handlung lief nachfolgend auf nachfolgendem. Nach dem Theater ereignete ein Tanz die Anwesenden. Ein dreijähriger Knabe, der unter der Aufsicht eines 10-jährigen Knaben auf der Hofstraße spielte, stürzte in einem unbeobachteten Augenblicke in den angrenzenden Mühlgraben. Glücklicherweise wurde das Unglück sofort bemerkt und der Junge konnte gerettet werden. — Bei dem Wetter am Donnerstagabend hat der Wind in unseren Dörfern zweimal eingeschlagen. Einmal in die Richtung des Amthausen Wilhelm Benders am Holzangerweg und das andere Mal in die Richtung der Wohnung des Landwirts Wilhelm Wagner in der Fahrstraße. Bei beiden Einschlägen verblieben die Bäume stehen, die im Dörsen und Wandlung an den Bäumen herumgerichtet. Beim Durchbruch eines ca. 400 Zentner schweren Dampfessels neigte sich plötzlich der Kessel nach der einen Seite hin. Die Begleiter sprangen weg, um sich zu retten. Der Fabrikarbeiter Wilhelm Heberger sprang in ein 1 1/2 Meter tiefes Wasserloch und landete dort unversehrt. Im Augenblicke sprang aber gleichzeitig eine Kesselhandwurde, vom Kessel ab, sich Heberger auf ein Bein und zerquetschte ihm eine Zehe. Nach ärztlicher Untersuchung wurde er sofort mit dem Fabrikanten dem Quedlinburger Krankenhaus zugeführt.

Heinrich, 25. April. Ingländisch. Eine Amöbenerin der Kramersgasse, Frau Brandt, gibt beim Ueberfahren des sich dämmes auf der Borsdame aus und fiel so unglücklich, daß sie sich einen Oberarmbruch zuzog. — Anfolge Familienfreitages zweier Nachbarn im Winkel entstand eine tolle Schlägerei. Eine Frau wurde so gefoltert, daß sie bewußtlos zusammenbrach. Durch Eingreifen der Polizei wurde der Streit gestoppt. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. — Die diesjährige öffentliche unentgeltliche Schulpflichtung für den Amtsbereich Quedlinburg, Döbersleben, findet wie folgt statt: Am 23. April, Donnerstag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, der zur Erstimpfung vorzuschickenden Kinder, um 10.45 Uhr der Wiederimpfungen. Am 30. April, Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 4.30 Uhr für Erstimpfungen, um 5 Uhr für Wiederimpfungen. Am 30. April, Sonntag, den 15. Mai, vormittags 11.30 Uhr und für Wiederimpfungen um 12 Uhr in demselben Lokal. Am 1. Juni, Donnerstag, den 15. Mai, vormittags 10.30 Uhr für Erstimpfungen, 11 Uhr für Wiederimpfungen in demselben Lokal. Jedes Kind muß vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres der Impfung mit Schulbesuch unterzogen werden, sofern es nicht nach ärztlichen Zeugnissen die natürlichen Eltern überlassen hat, oder ohne Gefahr für sein Leben und seine Gesundheit gemipft werden kann. Jeder Impfung muß präventiv 8 Tage nach der Impfung dem impfenden Arzt vorgelegt werden. —

„Abermals bist du doch Renier“, erwiderte sie lächelnd. „Und wie soll deine Toni sonst einen Mann kriegen, wenn sie keinen Menschen kenne?“
„Ach was! Dafür werde ich schon sorgen!“
Solche und ähnliche Geplätscher, in denen er energisch seinen Entschluß zu manifestieren versuchte, hörte ihn aber hier nichts. Zu erst kam eine Ausrufung, die er als während gewisser Tage die großen Arbeiten vertriebt, die der Auguste denn doch allmählich über den Kopf wuchsen.
Schließlich trat dem erlauteten und erläuterten Herrn Kattenbach ein seltsames, weiblich gezeichnetes Dienstmädchen entgegen, die auf den Namen Maria hörte und sich feulend nach seinem Befehlen erkundigte.
„Bei dieser Gelegenheit wäre es beinahe zu einem wilden Bruch mit der Schwägerin gekommen. Nach einmal verfuhr der entthone Gott, seine verdorrte Autorität mit einem Schlage wiederzugeben: er kinnigte dem Mädchen zum nächsten Ersten. Aber Frau Charlotte ließ ihren Koffer vom Boden holen und erklärte ihm kurz und bündig, daß sie das Haus sofort verlassen würde, wenn er die Kündigung nicht augenblicklich zurücknähme. Nach einem kurzen Seelenkampf, der ihm eine schalllose Nacht kostete, nahm er die Kündigung trummend zurück.
Nur darauf gab es wieder etwas Neues. Kattenbach zeigte Frau hatte ihm ein altes Tafelflanier in die Wirtschaft mitgebracht, das seit ihrem Tode verkauft und verschlossen in einer firenieren Ecke stand. Dieses Flanier wurde nun ins Wohnzimmer auf einen guten Platz geschafft, gereinigt und gestimmt, und Lante Charlotte hing an, den beiden jungen Damen Kammierkunst zu unterrichten.
Am 1. Juni, Sonntag, den 15. Mai, vormittags 10.30 Uhr für Erstimpfungen, 11 Uhr für Wiederimpfungen in demselben Lokal. Jedes Kind muß vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres der Impfung mit Schulbesuch unterzogen werden, sofern es nicht nach ärztlichen Zeugnissen die natürlichen Eltern überlassen hat, oder ohne Gefahr für sein Leben und seine Gesundheit gemipft werden kann. Jeder Impfung muß präventiv 8 Tage nach der Impfung dem impfenden Arzt vorgelegt werden. —

(Fortsetzung folgt.)

In knapp 15 Stunden Amerika überflogen.



Das Lindberghsche Rekordflugzeug in der Luft.
Rechtsstehend: Charles Lindbergh und Frau.

„Berolina“ greift ein.

Monatensaufnahme aus der Berliner „Internel“.

Auf ein Bierlokal im Nordosten der Stadt verübten Mitglieder eines log. Ringers eine Verübung. Der Wirt greift in der Notwehr zum Revolver und freckte drei Angreifer durch Schüsse nieder; einer verlor.

In einer früheren Ausgabe im Nordosten der Stadt verübten Mitglieder eines log. Ringers eine Verübung. Der Wirt greift in der Notwehr zum Revolver und freckte drei Angreifer durch Schüsse nieder; einer verlor.

Die Berliner „Internel“ greift ein. Auf ein Bierlokal im Nordosten der Stadt verübten Mitglieder eines log. Ringers eine Verübung. Der Wirt greift in der Notwehr zum Revolver und freckte drei Angreifer durch Schüsse nieder; einer verlor.

trauen gegen den barmherzigen Gott zu erfüllen und ihm die Gnade eines guten Todes zu vermitteln.

Der gute Tod beim Morgenrauchen auf dem Schaafkopf im düsteren Gefängnis, maglich eine Gnade! Aber, so verführt die Ordnungsgelichte, alle Härte wird aufgehoben durch die Zeit vor der Hinrichtung. „Die wird dem Unglücklichen — so verführt der Ordnungsgelichte — durch einen in den Reihenstragen ihm zum Freunde gewordenen Priester bereit erleichtert, daß jeder, der wolle, wie es da zugeht, und was einem solchen Unglücklichen geboten wird, sich sagen müßte: Wäre nicht die Schuld, wahrhaftig eine solche Vorbereitung auf den Tod wünschliche ich mir auch.“

Das ist geradezu eine Melange d'art, sich einen Kopf zürgermaßen zu lassen! Eine Gnade, die schöne Vorbereitung für das Hinmirt, die man sich denken kann! Wie erwartet, daß alle, die von diesem Ordnungsgelichten überzeugt werden, daß die Lebensstrafe beiseite gehen muß, sich geradezu danach drängen werden, dieser Gnade teilhaftig zu werden. Bitte, meine Herren, wer fängt an?

Wie Flieger ausgebildet werden.



Blindfliegen nach den Instrumenten im festen Prüfstand.

Bei der Ausbildung des deutschen Fliegernachwuchses wird immer größerer Wert auf die Vervollkommnung im Blindfliegen nach Instrumenten gelegt. Bei nebligem Wetter oder in der Nacht muß der Flieger instand sein, ohne direkte Sicht seiner Maschine über die vorgegebene Route zu bringen.

Eine schamlose Verhöhnung Arbeitslofer,

die offenbar von bauerntümlicher Seite kommt, wird aus dem Dorfe Kirchhausen bei Heilbronn gemeldet. Am Ostermontag befand sich an der dortigen Kirche ein gedrucktes (1) auf Papier aufgelegter Anschlag folgenden Inhalts:

- Achtung! Arbeitslosen-Stempel!
- Das neue Arbeitslosen-Schuldschein!
- Et. Beschluß der Reichsverbandesfürcher-Verbandszentrale 89 § 85, Abs. 3333, Blatt 15.
- § 1. Jeder Arbeitslose hat dafür zu sorgen, daß er lebenslanglich arbeitslos bleibt, und jede ihm angebotene Arbeit ablehnt.
 - § 2. Nach Arbeit umsehen ist verboten, da dabei sehr leicht Gemeindliche und eine Verrentung der Augen entstehen kann.
 - § 3. Zur schnelleren Abfertigung beim Stempel erhält jeder Arbeitslose einen Stempel und kann bei Hochzeiten selber stempeln.
 - § 4. Jeder Arbeitslose bekommt 12mal im Jahr je vier Wochen Urlaub an ein Ost- oder Nordseebad; je nach Wunsch freie Verpflanzung und Hotelunterkunft.
 - § 5. Jeder Arbeitslose erhält wöchentlich 100 RM., in trüben den Fällen den doppelten Betrag.
 - § 6. Montags und Samstags erhält jeder 100 RM. an Biermarken sowie auf Wunsch ein Paket Wollwaren-Geld wegen der Fliegenplage.
 - § 7. Wer das Wort Arbeit auspricht, macht sich strafbar und unbefähigt, da wiederholt Arbeitslose beim Hörenlegen bestochen in Arbeitsamt und Ohnmacht mit adäquater Arbeit gefellen sind.

§ 8. In Sonn- und Festtagen findet im Arbeitsamt von früh acht Uhr bis Montag früh große Tanzbelustigung statt. Essen und Trinken frei.

§ 9. Am 1. und 30. jeden Monats erhält jeder Arbeitslose eine extra Schwermetallgugel in Höhe von 200 RM.

§ 10. Jeder Arbeitslose muß warten, bis er Arbeit bekommt und wenn es 25 Jahre dauert. Ist die Zeit vorbei, so ist er pensionsechtigt.

Dieses Arbeitslosen-Schuldschein tritt bei der Geburt des Säuglings in Kraft.

Die Schulpflichten, von denen die Verhöhnung der Erwerbslosen ausgeht, haben hoffentlich einmal Gelegenheit, deren materielle und geistliche Not an eigenen Leibe auszulösen. Der Schriftsatz, aus dem das Druckereignis hervorgeht, scheint aus der Druckerei eines Lokalblattes der Gegend zu stammen. Kennzeichnend ist, daß sich der Anschlag ausgedrückt an der Kirche befindet. Sofortlich benötigt man ein Mittel, um den Anschlag zu zerbrechen und die Unterführung über den Abzug des ganzen Bergangs zu lassen.

Der stantlose Erzherrzog. Der unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Mordanschlag des Grafenbesitzer der Erzherzogin Maria Theresia verhaftete Erzherzog Leopold von Österreich, ist gegen Stellung einer Kaution von 75 000 Dollar in New York aus der Haft entlassen worden. Der Erzherzog hat bei der Personalausnahme angegeben, daß er weder einen Beruf noch eine Staatsangehörigkeit besitze. Mit der Angelegenheit selbst will er in keiner Weise etwas zu tun gehabt haben. Die Gerichtsverhandlung findet am 2. Mai statt.

Ein scharfer „Blinder“. Als am Freitag morgen auf dem Bahnhof Berlin-Scharlottenburg der Pariser D-Zug eintraf, fand man zwischen den Köpfen eines Waggons einen blinden Passagier, dessen Gesicht und Hände vom Ruß völlig geschwärzt waren. Der scharfe Fahrgast, der die 22stündige Reise von Paris bis Berlin unter dem Waggon mitgemacht hatte, wurde auf dem Polizeipostamt als der 22jährige Rote Studentin aus Paris identifiziert. Auf ihn war der Verdacht entstanden, auf einen Mordanschlag an dem Reichspräsidenten mit seiner Mutter nach Frankreich gelangt. In Paris, wo er keine Arbeit fand, ist er seit 13 Tagen arbeitslos gewesen. Von Berlin wird er in mehrere nach Polen abgeschoben werden.

Opfer des Weltkriebs. Nicht weniger als 320 Personen sind im ersten Vierteljahr 1930 dem 3. B. O. N. C. Straßenerwerb zum Opfer gefallen. Das bedeutet eine Steigerung der tödlichen Unfälle gegenüber dem Vorjahre um 25 Prozent.

Eine mysteriöse Explosion ereignete sich am Freitag in einer Zugabriebe der Polizeistation. Die Wirkung war so heftig, daß drei Wände des Zimmers eingestiegen, die Altentafeln zertrümmert und ein anliegendes Haus beschädigt wurde. Personen kamen nicht zu Schaden, da die amtierenden Polizeibeamten sich rechtzeitig durch die Fenster retten. Wo es sich um eine Selbstentzündung aufgeschlossener Polizeimunition oder um ein Material handelt, ist nicht bekannt. Die Behörde hat die Untersuchung ausgesetzt, nachdem am Freitag über die Ursache des Unglücks keine Auskunft.

Eine englische Militärflugmaschine stürzte am Freitag über dem Militärflugfeld Alconville ab und geriet nach dem Ausprall auf den Boden in Brand. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Damit erhöht sich die Zahl der im Jahre 1930 im britischen Militärflugdienst getöteten Personen auf 20.

Verhüllte Sahara-Flieger. Ein unter Führung des Militärfliegers Marchese von Regien im Sahelgebiet nach Algerien abgegangene Maschine wird seit über drei Tagen vermisst. Die Reiseleiter der Wüste Sahara sollte in einer einzigen Etappe zurückgelegt werden. Man befürchtet eine Katastrophe.

Sibirialer in Heulredend. Die vor wenigen Tagen in Wladiwostok geflüchten Heulredendler haben nach Überlieferung des Mittelmeeeres Sibirialer überkommen.

Eine Kassenfalschung. Auf der Donau ging bei dem ungarischen Schiffschiffen Huns-Gesellschaft ein mit acht Personen besetztes Raubboot. Zwei Insassen ertranken, sechs konnten gerettet werden.

Große Kälte in New York. New York wird zurecht von den Auswirkungen einer heftigen Kältemasse heimgesucht. Nachdem die Stadt bereits sehr schöne Frühlingstage erleben konnte, sieht das Thermometer zurecht in Folge einer kalten Winde unter dem Bestreipunkt.

Gewinnansatz
1. Klasse 35, Preislich-Geldbesuche Klassen-Zotterie.
Ohne Gewähr
Rachdruck verboten

Jede beliebige Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne
gekauft, und zwar je einer auf die zwei gleiche Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

1. Abteilung 25. April 1930
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 RM. gezogen

2	20000	44218
2	20000	62403 108464
2	1000	289671
4	500	11154 300727
20	200	55587 141830 144570 146812 153815 186244
26312	204484	273950 292082 292321 293974 350824 360229
90	200	5429 10748 14417 27054 30100 36128 37815
47807	48928	49439 52781 54860 51283 13484 13681 14389
149251	149283	189032 192739 193468 193898 186980 192314 194444
300928	318769	321485 344287 344841 345886 361131 392572 394779
27359	28913	301799 318883 326540 348102 368422 386928 369690
374222	385670	

2. Abteilung
20000 120 000 3782 19242 1810 30254 9118 31178 81699
33871 34380 35198 40189 43766 44974 45121 47564 50018 55129
57050 58983 61871 68935 71908 77859 80098 84674 90227 95966
98985 100813 102814 110586 116853 118653 118004 119278 121050 123658
124732 125739 134239 143039 143707 144207 144888 167067 174364
178754 179137 178201 178920 181012 185449 189138 193658 198451
201111 202682 214490 220768 223252 226000 226147 226371 226893
232111 233840 236878 239078 239479 257700 269891 274329 282993
288888 289868 331143 334871 342021 351134 352358 384080 384636
36222 355189 377052 380691 393023 393334 397338 397172 398268
398297 398297

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 RM. gezogen

2	20000	48995
2	20000	128740 234364
2	1000	270189
12	200	19786 38987 114088 129891 140458 344240
10	500	97497 181178 193707 21728 231754
2	200	3816 4907 13868 62427 169104 242766
300	200	320141 382081 3351
112	200	1908 1624 16258 39299 47211 50010 56436
70498	74024	75298 82744 106040 102236 105919 114489
173332	177058	186819 191989 200049 202109 212234 234762 234874
256587	256932	261314 265802 269826 271735 281380 284624 284236
300130	308140	312923 321780 324681 331334 332829 336895
338901	340724	343154 347454 348477 348886 350217 356351 358498
35027 352708	3550 358778	358974
278	200	6589 7895 13980 16381 18266 21984 23227 24197
24888	24888	24888 24888 24888 24888 24888 24888 24888 24888 24888
60807	60808	74813 76168 76529 78929 81644 84898 85824 81920
92851	100248	100898 100853 107187 107220 108220 108230 114489
143976	144127	146574 148421 148996 150019 150899 151200 154095
160390	167608	187808 189894 193783 196743 197307 172511 175190
176764	182281	194159 195157 198405 198201 199226 201769 204154
214532	215117	226186 228381 229788 232947 238977
241105	242891	246182 248723 251820 253841 254884 261788 262754
264315	266076	268268 268194 288779 288779 288779 288779 288779
301108	311020	318050 318050 318050 318050 318050 318050 318050
333293	333419	335817 336079 336190 336567 340271 340454 340788
350130	354208	354488 351280 354 354 354 354 354 354 354 354 354 354
358198	362838	363160 365687 368057 368070 368970 368971 371562 378149
380207	385140	388888

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Bestellschluss 30 Pfennig. Gehalt wöchentlich sechsundzwanzig und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wolfenbüttel, für den lokalen Teil: Wilhelm Rindermann, für Reklame u. Inserate: Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Rotenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Volkshochschule Wernigerode 4536 und Volksbuchhandlung (Eigentum) Wernigerode. Druckerei 9.

Nr. 98

Sonnabend, den 26. April 1930

5. Jahrgang

Ehre oder Speckzoll?

Der deutschnationale Parteivorstand für Hagenberg gegen die deutschnationale Fraktionsmehrheit.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat am Freitag abend gegen 9.30 Uhr „mit mehr als vier Fünftel Mehrheit“ des nahezu vollständig besetzten Vorstandes folgende Entschlüsse gefaßt:

„Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Hagenberg und dem Vorstand der Reichstagsfraktion Dr. Dierksen seinen Dank für unermüdetes Bestreben an den auf dem Kaiserliche Partei und in der Vorstandssitzung vom 8. April aufgestellten Ziele und Richtlinien aus. Er hält es für selbstverständlich, daß sie die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit abgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion für die Agrarangelegenheit ist es zuzuschreiben, daß der Reichstagsbeschluss in der Reichstagsfraktion den Zeiten der Regierungsmehrheit noch vor Hagenberg durchgesetzt wurde. Mit dieser Maßnahme sind jedoch die Voraussetzungen für eine

Reifung der Landwirtschaft noch nicht erfüllt.

Mit dem Parteivorstand ist der Parteivorstand der Auffassung, daß eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirtschaft wie der Wirtschaft überhaupt viel tiefer greifende und zum Teil andersartige Maßnahmen erfordert. Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspolitik (politischer Handelsverträge, Gütervereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im Wege wie die

Fortdauer der marzialischen Herrschaft in Preußen.

Der Zustand, daß die Wirtschaftsinstrumente der öffentlichen Kassen, insbesondere der Reichskasse, den Bedürfnissen von Haus und Hof verfallen, ist Selbstmord an eigenen Haaren und muß vor allen Dingen beseitigt werden.

Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett.

Das ohne und gegen uns gebildet zur Fortführung der bisherigen Politik- und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preußen

immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft

ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Diese Oppositionsstellung und die gegebene Lage verlangt unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Die Reichstagsfraktion bedauert, daß im Gegensatz zu dem einmütigen und erfolgreichen Gelingen der Reichstagsfraktion am 5. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Reichstagsabstimmungen vom 12. und 14. April, veranlaßt durch die verständliche und berechtigte Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat. Die Verdoppelung der Agrarmaßnahmen mit der Bewilligung der durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion erforderlichen Steuern war sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuererlassen in der Mehrheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichspräsidenten an die Maßnahmen für die Landwirtschaft gebunden.

Nach den Sitzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamtrichtung der Partei fest. Eine Unterstützung des Kabinetts Politik sowie die Mitverantwortung der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamtrichtung der Partei nicht. Es bleibt dem Entschlusse der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen.

Der Annahme dieser Entschlüsse ging am Vormittag der Sitzung ein Referat Hagenbergs über die politische Lage voraus. In der sich am Nachmittag anschließenden Debatte beteiligten sich u. a. für die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Abgeordneten Graf Westarp und Waltraff. Es kam insbesondere zu ziemlich

heftigen Auseinandersetzungen,

als einzelne hinter Hagenberg stehende Landesverbandsvertreter den Ausschluß von annähernd 15 deutschnationalen Reichstagsabgeordneten forderten. Gedacht war in erster Linie an Abgeordnete, die für die Agrar- und Steuerangelegen der Regierung Brünning gestimmt haben, ohne rein ländliche Besitz zu besitzen oder Agrarier zu sein. Die Landesverbände von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern haben für den Fall der Annahme dieser Entschlüsse mit dem sofortigen Austritt aus der Deutschnationalen Partei gedroht. Unter diesem Druck versuchte man darauf, die Anträge weiter zu beabsichtigen.

In unterrichteten deutschnationalen Kreisen erklärt man, daß die Entschlüsse des deutschnationalen Parteivorstandes praktisch den Bruch mit der Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion bedeute. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser Bruch praktisch vollzogen werde.

In der deutschnationalen Presse wird allerdings der Sinn der Entschlüsse des deutschnationalen Parteivorstandes verstanden. Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ sieht in ihm ein „Symptom auf Zeit“, während ihn die deutschnationale „Berliner Botschaft“ dahin auslegt: „Parteivorstand gegen Fraktionsmehrheit“. Die Hagenberg-

presse und die „Deutsche Zeitung“ haben ausdrücklich hervor, daß der Beschluss des deutschnationalen Parteivorstandes ein Vertrauensvotum für Hagenberg gegen die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion bedeutet.

Es verbleibend in Augenblick auf die Beurteilung des deutschnationalen Beschlusses in der deutschnationalen Presse ist, über eines gibt es keine Meinungsverschiedenheit und das ist die unbestreitbare Tatsache, daß

die deutschnationale Reichstagsfraktion arbeitsunfähig ist

und eine Möglichkeit zur Vertiefung des augenblicklichen tiefen Risses kaum besteht. Es schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“: „In dem Ergebnis der Parteivorstandssitzung mögen wir zu unserem Bedauern eine wichtige und durchgreifende Klärung der Verhältnisse in der deutschnationalen Partei und Fraktion insbesondere auch keine Klärung in dem Verhältnis zwischen Partei und Landwirtschaft erblicken. Die weitere Entwicklung schon der nächsten Wochen wird die Reichstagsfraktion erneut vor Entschlüsse von entscheidender Bedeutung stellen, für deren Gestaltung sich nach dem Beschluss vom Freitag die letzte Entscheidung nicht bei ihr selbst, ihrer Mehrheit, sondern bei dem Partei- und Fraktionsführer liegen. Erinnert man sich an deren Stellungnahme bei dem jüngsten ausfallgeladenen Abstimmungen, so werden, gemessen an der Gesamtenz des Vorstandesbeschlusses ernste Zweifel nach, ob die Entscheidung dieser beiden Persönlichkeiten in der Richtung liegt, die von der Fraktionsmehrheit eingeschlagen worden ist. Gewinnen aber diese Zweifels freisbare und positiven oder richtiger negativen Inhalt, so ist der Konflikt wieder in demselben Maße gegeben wie am 12. und 14. April. Wenn also auch der offene Bruch zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit vermieden worden ist, so hängt doch die weitere Entwicklung an der Frage, wie weit die von der Fraktionsmehrheit verfolgte Antragstellung einer beweglicheren Politik, einer zielbewussten Aufstellung von den Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten einer verantwortungsbewußten Opposition Platz macht. Die Probe darauf kann schon sehr bald heranziehen. Sie ist dann zugleich die Probe, inwieweit der Parteivorstand seiner wahren Aufgabe gerecht geworden ist, für die Aktionsfähigkeit, für den Zusammenhalt einer starken Reichspartei, die Grundlagen und die Voraussetzungen zu schaffen. Darauf warten wir in aufdringlichster Sorge.“

Die deutschnationale „Berliner Botschaft“ sagt:

„Das Bekenntnis des Parteivorstandes zu unbedingter Opposition gegen die bürgerliche Regierung ist aufs tiefste zu begrüßen und muß notwendigerweise zu neuen Konflikten zwischen dem Parteivorstand bzw. dem Parteiführer und der Mehrheit der Reichstagsfraktion führen. Letztere kann sich dem vom Parteivorstand neuerdings verordneten Zwang nicht beugen, ohne sich selbst zu widersprechen. Von einer direkten Verregelung der Fraktionsmehrheit wie auch von ihrer völligen Entschlossenheit hat der Parteivorstand mehrmals Abstand genommen, da das zweifelslos die sofortige Spaltung der Partei bedeutet hätte.

Damit erspricht sich aber auch so ziemlich das große Entgegenkommen des Parteivorstandes gegenüber der Reichstagsfraktion. Praktisch bleibt der Parteivorstand unbeherrschbar und mit einem einer besseren Sache würdigen Start auf dem Standpunkt des Parteiführers, dem Standpunkt damaliger Antragsteller. Ansolange es kommt der jetzigen Tagung keineswegs die Bedeutung einer entscheidenden Klärung der deutschnationalen Parteifrage zu. Mag ein Bruch im Augenblick vermieden worden sein, die Gefahr eines Auseinanderfallens der Partei ist keineswegs beseitigt. Die Krise dauert ungeschwächt fort.“

Die mit Hagenberg durch die Dinn gehende rechtsradikale „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Die verschwindende Minderheit des Parteivorstandes die diese Entschlüsse abgelehnt hat, beruft sich in der Hauptsache aus den Abgeordneten zusammenlegen, deren Verhalten es zu gerade ist, das der Parteivorstand verurteilt. Die Partei als solche liegt — das hat sich auch jetzt wieder gezeigt — hinter Hagenberg und es ist gewiß kein Zufall, daß die Entschlüsse des Parteivorstandes einen Vorstoß der Vertreter der Bewegung Döhrsen entkammt, die ja unter den Agrar- und Kleinrenten am härtesten leiden. Am offensichtlichsten erscheint uns, daß nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Gesamtrichtung auch für die Fraktion klarer als bisher festgelegt wird. Das gilt für die Oppositionsstellung gegenüber dem Kabinett Brünning, das gilt vor allem auch für die letzten Tage der Entschlüsse getroffene eindeutige Feststellung, wonach in besonderen Fällen die Entscheidung des Partei- und Fraktionsvorstandes maßgebend ist. Damit dürfte die Folgerungen klargelegt sein, die sich bei einer Wiederholung der Vorgänge des 12. und 14. April für die Beteiligten ergeben würden.“

Die rechtslebende „Deutsche Allgemeine Zeitung“

Verhängnisvolle Arbeitslosigkeit.

Noch 2,2 Millionen Erwerbslose. — Eine halbe Million mehr als im Vorjahre.



Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich nur in den landwirtschaftlichen Bezirken, in Ostpreußen, Schlesien und Südbraunschweig zu beobachten. Wir sehen deutlich, die Auswirkungen der neuen Nationalisationswelle, der strukturellen Veränderungen in der Industrie, der Stagnation auf dem Baumarkt. Angehts dieser Zustände ist es einfach aber, noch von einem Zweifelsmoment in der Beurteilung der Arbeitsmarktlage zu sprechen, wie die vollparteiliche „Kölnische Zeitung“ dem früheren Reichsarbeitsminister Willfert vorwerfen zu müssen glaubt. Wenn man von Zweifelsmomenten sprechen darf, dann vielleicht gegenüber der Wirtschaftspolitik, die immer noch von der Notlage der Wirtschaft sprechen. Daß die Wirtschaft nicht auf Rosen gebettet ist, muß ohne weiteres zugegeben werden. Aber fest steht ebenso, daß die

Wirtschaftslage wesentlich besser ist als die Arbeitsmarktlage. Man braucht sich nur an das sprechende Jahr 1926 zu erinnern, um sofort den ganzen Ernst der augenblicklichen Situation zu erkennen. Damals betrug am 15. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung, die das heutige Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung umfaßt, 1.180.000. Heute liegen wir rund um 300.000 Unterstützte höher als damals. Im Vorjahr betrug der Rückgang in der Zeit vom 29. Februar bis zum 15. April 1 Million allein in der Versicherung. Dieses Jahr beträgt der Rückgang im gleichen Zeitraum erst eine halbe Million; in der Arbeitslosenversicherung aber haben wir noch einen Zugang zu verzeichnen.

300 000 Unterstützte allein in der Arbeitslosenversicherung — eine fürchterliche Zahl! Im Jahre 1926 wurde bereits nach 13 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung Unterstützung gegeben und zwar für die Dauer eines Jahres, während jetzt erst nach 26 Wochen unterstellt wird und zwar nur ein halbes Jahr in der Versicherung.

Wie angesichts all dieser Zustände das Kabinett Brüning mit 150 Millionen Reichszuschuß zur Versicherung und 50 Millionen Reichsdarlehen auskommen will, ist vollkommen klarzusehen. Ihr Optimismus wirt angesichts der tatsächlichen Verhältnisse grotesk. Notwendig sind vor allem zwei Dinge: Erhöhung des Reichszuschusses zur Arbeitslosenversicherung und Ausbau der Arbeitslosenversicherung. Wir sind gelangt, ob das Kabinett Brüning zur Änderung der Arbeitslosenversicherung etwas unternimmt und wann.

— der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur ganz gering; die Ent-